

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . 48.—  
halbjährig . . . . 96.—  
jährlich . . . . 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Reformmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

## Wo bleiben wir?

In Oesterreich, hinter dessen freiheitlichen und demokratischen Einrichtungen und Methoden wir schon jetzt weitentweit zurückstehen, werden zwei Maßnahmen geplant und schon in nächster Zeit zur Durchführung gelangen, an die der vernünftige Sinn unserer Herrschenden noch immer nicht denken will. Es wird dort für alle Einreisen in das Staatsgebiet der Bismarckzwang aufgehoben und statt seiner das Recht der Einreise an die einfache Lösung einer Wertmarke gebunden, ferner wird einer der fossilen Ueberreste aus der finsternen absolutistischen Zeit, das ist die kaiserliche Verordnung vom Jahre 1854, vom Volksmund das „Prügelpatent“ genannt, beseitigt werden. Die Erfahrung, daß Gesetze zäh und langweilig sind, hier findet sie eine besonders drastische und eindringliche Bestätigung. Goethes Wort vom Gesetz und Recht, die sich wie eine ewige Krankheit fortziehen, erweist sich als neue seine Wahrheit. Längst schon wird der Bismarck- und Bismarckzwang als eine sinn- und zwecklose Plakerei empfunden, dennoch besteht er zwischen den meisten Staaten noch fort. Aus einer verwirrten, kopflösen Zeit geboren, in der die Regierungen nichts Besseres zu tun wußten, als um die Staaten herum chinesische Mauern zu errichten, lebt er fort, obwohl längst erkannt wurde, daß er nicht einmal die eingebildeten Zwecke zu erfüllen vermag, denen er dienen sollte. Noch starrfälliger ist es beim Prügelpatent, wie schwerfällig das paragrafierte Recht der Entmündigung des Rechtsempfindens nachhumpelt. Eine Maßregel des nach der Achtundvierziger-Revolution zur Herrschaft gelangten Absolutismus, bestimmt, diese Herrschaft durch Ausdehnung der polizeilichen Willkür zu sichern, hat den Wechsel aller österreichischen Regierungen ebenso heil überdauert, wie den Weltkrieg, den Umsturz und die Zertrümmerung des Kaiserstaates. Das alte Oesterreich ist tot, das Kaiserium abgelehnt, aber Österreichs Gesetze, sein Polizeigeist, seine reaktionäre Tradition, sie leben fort; die Dynastie ist verjagt, aber die kaiserlichen Verordnungen und die Hofdekrete haben bis jetzt Kraft behalten, in dem verkleinerten Oesterreich sowohl wie in den Nachfolgestaaten, allwo die „befreiten“ Völker angeblich demokratisch, in Wahrheit immer noch nach dem vergifteten Hofkanzleidekreten und den anderen Hilfsmitteln des kaiserlichen Absolutismus regiert werden. Es wirkt nicht gerade bezeichnend, wenn das neue Oesterreich erst jetzt den Bismarckzwang abschafft und das Prügelpatent auf den Nichtstouen wirft, aber was soll man erst zu den neuen Staaten sagen, die mit den österreichischen Methoden und dem reaktionären Bürokratismus zu brechen gelobten, die aber doch bis heute an der Abperrung durch den Bismarckzwang gegenüber den Nachbarstaaten und trotz Republik an den kaiserlichen Patenten mit einer Treue festhalten, die wahrlich besseren Strebens würdig wäre?

Der Bismarck- und Bismarckzwang ist das Ueberbleibsel aus einer Periode, welche in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit die verkehrspolitische Zerstückelung der Beziehungen zwischen den Staaten als ein Mittel des Heils und der Wohlfahrt ansah. Dieser Zwang, ein reaktionäres Requiisit aus der Zeit der Postkutsche, sollte wirtschaftlichen und politischen Zwecken dienen. Noch sind die Schrecken und Qualen in lebhafter Erinnerung, von denen jede Reise ins Ausland und Inland begleitet war. Der Bismarck- und Bismarckzwang hat durch Erschwerung des Verkehrs zur Lockerung und Schädigung aller wirtschaftlichen Beziehungen geführt, die später mühselig und oft schon vergeblich wieder anzuknüpfen unternommen werden mußte. Auch die lästigen und oft schon vergeblich wieder anzuknüpfen unternommen werden mußte. Auch die lästige Absicht, als Schutz gegen das Eindringen ungewünschter politischer Bewegungen zu dienen, hat der Bismarckzwang nicht im geringsten erreicht, denn Gedanken pflegen nicht erst bei den Grenzbehörden mit der Bitte um Einlass vorstellig zu werden und Personen, die etwas zu scheuen haben, wählen als Eingangstor nicht

## Appell an das Gewissen der deutschen Demokratie.

Erklärungen des Präsidentschaftskandidaten Painlevé im Berliner „Vorwärts“

Paris, 20. Mai, (Eigenbericht.) Der republikanisch-sozialistische Abgeordnete und frühere Ministerpräsident Paul Painlevé, der als Kandidat des linken Blocks für den Posten des Präsidenten der französischen Republik gilt, gewährte heute einem Redaktionsmitglied des Berliner „Vorwärts“ ein Interview. Darin erklärte er unter anderem folgendes:

Die französischen Wahlen bezeugen auf das eindringlichste den Friedenwillen des französischen Volkes und sie widerlegen in den Augen aller der Schichten, die sehen wollen, die Anschuldigungen militaristischer und imperialistischer Ziele, die niemals den wirklichen Wünschen des Landes entsprochen haben. Die neue Kammer wird auf die Regelung der internationalen Probleme und insbesondere der Frage der Reparationen und der deutsch-französischen Beziehungen mit außerordentlich gutem Willen für Verständigung und Entgegenkommen eingehen und wird sich bemühen, das Reparationsproblem in ein wirklich reales Gebiet zu versetzen und ihm auf der Grundlage des Sachverständigenrats eine praktische Lösung zu geben, die Europa nicht wieder ein oder das andere Mal beunruhigt wird. Damit jedoch dieser gute Wille zum Ziele führt, ist es notwendig, daß er in Deutschland dem gleichen guten Willen begegne. Nichts wäre verhängnisvoller, als eine Disharmonie von der Art, daß in Deutschland eine am Ruder befindliche Regierung diese unsere entgegenkommende Haltung als Schwäche auslegen würde, die man nun ausnützen könne. Eine wahre Katastrophe mit unübersehbaren Folgen könnte aus einer solchen Dissonanz zwischen den beiden Regierungen entstehen und ich habe die unbedingte Hoffnung, daß die politischen Parteien in Deutschland sowie psychologisches Verständnis aufbringen werden, um die wirkliche Geistesverfassung Frankreichs, wie sie durch die letzten Wahlen enthüllt wurde, zu begreifen, und genügend Kraft, um ihre Anschauungen den öffentlichen und verdeckten Chauvinisten anzuzuzwingen, also nicht nur denen, die gewalttätige Revanche predigen, sondern auch denen, die die loyale Ausführung des Sachverständigenrats und überhaupt jeder friedlichen Vereinbarung sabotieren möchten.

Wenn es anders kommen sollte und wenn die äußerste Rechte wesentlichen Einfluß auf die deutsche Politik ausüben sollte, dann würde sich die französische Demokratie nicht täuschen lassen und jede friedliche Regelung der zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen würde dadurch auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Das wäre eine bittere Enttäuschung für alle diejenigen, die glauben, daß eine aufrichtige Annäherung zwischen den drei großen Demokratien Frankreichs, Deutschlands und Englands allein die Zukunft und Zivilisation Europas zu gewährleisten vermöge.

## Eine Schlacht an der polnisch-litauischen Grenze.

Viele Tote und Schwerverwundete.

Warschau, 20. Mai. Aus Wilna wird gemeldet, daß in der vergangenen Nacht starke litauische Freischärlereibattalione das dicht an der polnisch-litauischen Grenze liegende Städtchen Szchewice umzingelten und nach einem heftigen Feuergefecht mit einer schwachen Abteilung der polnischen Grenzpolizei in das Städtchen eingedrungen sind. Zwei Soldaten der polnischen Grenzpolizei wurden getötet, die übrigen verwundet. In den Straßen der Stadt kam es zum Kampfe zwischen der Ortsbevölkerung und den Angreifern. Etwa 20 Bürger der Stadt fanden in den Kämpfen den Tod.

gerade die Bahnhöfe, sondern wissen auf anderen Wegen über die Grenze zu gelangen. So wurden die Bahnhöfe, der Zwang zur Erlangung eines Bismarckzwang, nur zu einer zwecklosen, hinüberbrannten Belastigung des reisenden Publikums. Das Oesterreich nun endlich den Bismarckzwang abschafft, ist vernünftig, wenn auch keine vollständige Maßnahme, denn durch die Einführung einer Wertmarke soll auch weiter als Grenzzoll eine Gebühr eingehoben werden, für die jede sittliche Rechtfertigung fehlt. Es ist aber doch ein Fortschritt, der bei uns rascher Nachahmung finden müßte.

Die bürgerliche Demokratie hat uns nirgends verwöhnt und so muß die endliche Abschaffung des Prügelpatents immerhin als ein Zeichen der demokratischen Selbstbestimmung gebucht werden. Sie sollte längst zur Selbstverständlichkeit geworden sein, doch daß sie dies noch immer nicht ist, beweist die Tschechoslowakei. Nicht nur, daß hier durch Verhängung der österreichischen Gesetze, durch Terrorgesetz, Schutzgesetz, Immunitätsgesetz und Verfassungsnovelle der Reaktion gefährliche Waffen gegeben wurden, sind auch noch sogar die allerersten kaiserlichen Patente in Kraft. Das Prügelpatent belegte jeden, der Amtshandlungen der Behörden und ihrer Organe nicht „mit Achtung“ begegnete, mit Geldstrafen, mit Po-

lizeihaftstrafen und in gewissen Fällen mit der Prügelstrafe. Geprügelt wird von der Polizei wohl nicht mehr, wenigstens nicht im Namen dieser kaiserlichen Verordnung, denn die Bestimmung über die Prügelstrafe wurde schon früher ausgemerzt, aber es gilt dieses kaiserliche Patent noch immer. Auch in der demokratischen Republik kann man, ohne vor den Richter gestellt zu werden, auf Grund dieses Patent aus grauer Vorzeit mit dem Polizeiarrest Bekanntheit machen oder Geldbuße zahlen. Das berühmte Prügelpatent spielt nicht mehr in der Polizeipraxis die Rolle wie ehemals, es kommen aber heute noch in seinem Namen Aburteilungen vor, besonders dann, wenn die Befürchtung besteht, daß zu einer gerichtlichen Abstrafung die richtige Handhabe fehlt.

## Polnische Abwehrmaßnahmen.

Warschau, 20. Mai. Die Poln. Tel. Ag. meldet: Mit Rücksicht auf das in der letzten Zeit in den Grenzbezirken von Wilna und Bialystok überhandnehmende Bandenwesen wurde das militärische Kommando dieser Bezirke vom Ministerat beauftragt, Hand in Hand mit den Zivilverwaltungsbehörden wirksame Maßnahmen zum Schutze der Grenzbevölkerung zu treffen.

Deutschösterreich hält also Restraus mit den Abperrungsmaßnahmen und mit dem vermoderten Blunder aus der Ära des monarchistischen und bürokratischen Absolutismus. Wann gedenkt man bei diesem Beispiel zu folgen? Die immer sichtbar werdende Unterchiede in der demokratischen Entwicklung zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei lassen das Schlagwort „Gut Österreichern wir uns“ als „unzeitgemäß“ erscheinen. Heute müßte es heißen: „Der Österreichern wir uns!“

## Protektion im Gesetz.

Zu der „Reform“ des Pressegesetzes.

Von Friedrich Kusterlich (Wien).

Die Verantwortung für die strafbaren Handlungen, die durch eine Druckschrift begangen werden, war bisher, gemäß den aus dem alten Oesterreich übernommenen Gesetzen, einfach und durchsichtig. Wer die strafbare Handlung bewußt begangen hat, haßte für sie als Täter; er verfiel der Strafe, die das Strafgesetz bestimmt. Daneben haßte vorweg und in jedem Falle der verantwortliche Redakteur; wenn nicht als Täter, so eben dafür, daß er die Tat nicht verhindert, daß er jene Aufmerksamkeit vernachlässigt hatte, bei deren pflichtgemäßer Anwendung die Aufnahme des strafbaren Inhalts der Druckschrift unterblieben wäre. Das ist auch eine ganz logische Anordnung; wer die strafbare Handlung in der Presse vorfalsch begeht, hat sie als Täter zu verantworten; darüber hinaus bedingt es die Eigentümlichkeit der durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen, daß sie jemand unter allen Umständen, also auch dann, wenn ein Täter nicht erforschtbar, zu verantworten hat. Und praktisch war die Sache nicht minder einfach. Da Artikel mit strafbarem Inhalt in einer Druckschrift in der Regel ohne Namensnennung erscheinen, muß sich der Ankläger, ein privater oder der Staatsanwalt, an den verantwortlichen Redakteur halten. Und dieser hat wieder die Wahl, entweder die strafrechtliche Verantwortung zu übernehmen, also selbst bekennen, daß er den Artikel verfaßt und zum Druck befördert habe, oder zu erklären, daß die Veröffentlichung ohne sein Wissen geschah; in letzterem Falle konnte er als Täter beim Geschworenengericht, im privaten Falle wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Aufmerksamkeit beim Bezugsgericht belangt werden. Dieser Zustand mag nicht der ideale sein, und ich bin durchaus bereit, zuzugeben, daß er durch die Zulassung des Wahrheitsbeweises bei der Vernachlässigung der pflichtgemäßen Aufmerksamkeit, die ein Widerspruch in sich ist, zum Nachteil des Privatanklägers ungebührlich verschärfert worden ist. Aber die Unterscheidung zwischen vorfalschlicher oder fahrlässiger Begehung der strafbaren Handlung durch die Presse ist doch die Unterscheidung, die sich aus dem Wesen der Presse ergibt. Man könnte also unschwer die paar Nachteile und Unbilligkeiten der gegenwärtigen Ordnung beseitigen, ohne deshalb der Presse das Ansehen von einem Gesetz zu beschneiden, das im Abgeordnetenhaus der Nationalversammlung zum Beschlusse erhoben worden ist.

Denn dieses Gesetz ist schon deshalb zu verwerfen, weil es aus dem Rechte eine Lotterie macht. Welche Möglichkeiten stehen jetzt vor dem verantwortlichen Redakteur? Folgende:

1. Er bekennt sich nicht zu dem Begehren der Tat, also nicht, daß er die Veröffentlichung veranlaßt hat. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit kann ihm also nicht zugerechnet werden, er kann da nur wegen der Vernachlässigung der pflichtgemäßen Aufmerksamkeit bestraft werden (§ 6). Die Strafe wäre (das Verbrechen der Verleumdung kann beiseite gelassen werden) Arrest von acht Tagen bis drei Monaten.
  2. Der verantwortliche Redakteur bekennt sich zu der strafrechtlichen Verantwortung. Die Strafe, die ihn, wenn er die Wahrheit seiner Angaben nicht zu beweisen vermag, dann droht, ist die Strafe für die Ehrenbeleidigung durch die Presse, also Arrest von sechs Monaten bis zu einem Jahre.
  3. Der verantwortliche Redakteur ist überhaupt straffrei, wenn er den oder einen Urheber nennt und seinen Aufenthalt richtig angibt. Vorausgesetzt, daß dieser gleich verfolgt werden und vor ein inländisches Gericht gestellt werden kann, und wenn der verantwortliche Redakteur darlegt, daß ihm die Dienstentlassung oder ein empfindlicher materieller Schaden gedroht habe, falls er die Nachricht nicht veröffentlicht hätte.
  4. Der verantwortliche Redakteur ist freizusprechen, wenn er beweist, daß Umstände vorliegen, nach denen die veröffentlichte Tatsache mit Grund als wahr angenommen werden konnte und die Veröffentlichung die Absicht verfolgte, die öffentlichen Interessen zu wahren.
- Es ist klar, daß diese Möglichkeiten, unter denen der verantwortliche Redakteur zu wählen haben wird, dem Rechte jede Festigkeit und Wahrsamkeit rauben. Der verantwortliche Redakteur ist straffrei, wenn er den Urheber nennt. Damit werde, wie der Sektionschef Dr. Polak meint,



# Die politischen Vorlagen im Senat.

## Exodus der Opposition aus dem Rechtsauschub.

Nach langen Beratungen innerhalb der Koalitionsparteien, die, wie bekannt, vollständig negativ verlaufen sind, wurde für gestern nachmittags eine Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Senats einberufen, in welcher die vier vom Abgeordnetenhause beschlossenen Vorlagen: Inkompatibilitätsgesetz, Preßnovelle, Immunitätsgesetz und Gesetz über die Zusammenfassung des Wahlgerichtshofes, zur Beratung gestellt waren; Bemerkenswert waren die Lücken, welche die Vertreter der Koalitionsparteien zeigten. Die Vertreter der tschechischen Nationaldemokraten fehlten vollständig, der tschechische Nationalsozialist Dr. Krausky hatte dem Vorsitzenden mitgeteilt, daß er sein Mandat im Ausschusse niederlege und war nicht erschienen, desgleichen fehlte der tschechische Sozialdemokrat Dr. Witt, der gerade jetzt einen Urlaub antrat, der aber natürlich nicht auf Erholungsgründen, sondern auf seine Verstimmung wegen des Fehlschlagens der von seiner Partei beabsichtigten Änderungen der Preßgeschnovelle zurückzuführen ist.

Zuerst referierte Senator Dr. Prochaska über das Gesetz betreffend die Ausdehnung der Verjährungsfrist bei Strafverfolgungen der Mitglieder der Nationalversammlung. Die saloppe Art, in der der Berichterstatter seiner Aufgabe nachkam, macht es überflüssig, über seine Begründung zu berichten. Senator Dr. Spiegel sprach gegen das Gesetz, das sich, wie er meint, mit der Verfassung in gewissen Teilen im Widerspruch befindet.

Senator Genosse Dr. Heller erklärte das Gesetz für unannehmbar. Seine Partei sei gewiß dafür, die Strafverfolgung von Parlamentsmitgliedern wegen Delikten, die gemeine Vergehen darstellen, nicht zu erschweren. Dagegen bedeutet es eine wesentliche Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes und des Rechtes der Redefreiheit der Abgeordneten und Senatoren wenn die Verjährungsfrist bei politischen Delikten der Volksvertreter länger erstreckt werde, als bei anderen Staatsbürgern.

Sektionschef Doktor Polak findet natürlich alles in Ordnung und bezeichnet das Gesetz sogar als einen Fortschritt.

Es wird zur Abstimmung geschritten, wobei ein von den Senatoren Genossen Niehner und Dr. Heller gestellter Abänderungsantrag, der die Verlängerung der Verjährungsfrist bei Strafverfolgungen nur auf Ehrenbeleidigungen und auf gemeine Delikte erstreckt wissen will, von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt wird. Mit derselben Mehrheit wird dann das Gesetz angenommen. Ueber das nächste Gesetz, das ist die Preß-

geschnovelle, referiert Senator Dr. Lukeš. Nach seiner Rede stellt Senator Niehner den Antrag, es möge mit Rücksicht auf die umfangreiche Materie und auf die Ermöglichung einer sachlichen Prüfung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes ein engerer Ausschub zur Durchberatung des Entwurfes gewählt werden. Senator Dr. Mahr-Harting stellt den Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung. Im Falle dieser Ablehnung werden sollte, schließt er sich dem Antrag Niehners an. Bei der Abstimmung wird sowohl der Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung als auch der Antrag Niehners auf Wahl eines Subkomitees gegen die vier Stimmen der Opposition abgelehnt.

Senator Dr. Heller verlangt eine offene, gerade Erklärung der Koalitionsparteien, ob sie geneigt seien, an der Preßgeschnovelle überhaupt eine Änderung vorzunehmen und ob überhaupt die Möglichkeit besteht, an dem Gesetz irgendwelche Verbesserungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende Senator Dr. Soukup antwortet sehr ausweichend und meint, man müsse abwarten, welchen Standpunkt die einzelnen Parteien zu den Bestimmungen des Gesetzes einnehmen werden.

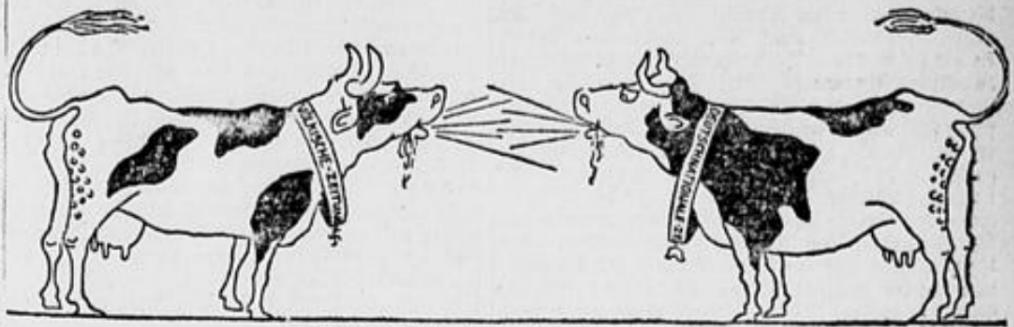
Senator Dr. Mahr-Harting hält es für ein verstecktes Spiel, wenn sich die Koalition nicht klar äußere.

Senator Genosse Dr. Heller gibt hierauf folgende Erklärung ab:

„Die Mitglieder der Koalition treten in die Beratungen über das Preßgesetz mit gebundenem Mandat. Jede Änderung an der Vorlage, wie sie das Abgeordnetenhause beschlossen hat, erscheint ausgeschlossen. Damit ist jede Tätigkeit der Opposition von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt. Die Beratungen im Ausschub finden zu einer Farce herab, an der teilzunehmen wir mit unserem Gewissen für unvereinbar erachten. Wir verweisen darauf, daß die koalitierten Parteien des Senates es für notwendig erachteten, eine ganze Reihe von Sachverständigen heranzuziehen, um sich über diese wichtige, tief einschneidende Vorlage Ausklärungen zu verschaffen. Ein gleicher Vorgang wurde für die Beratungen des Ausschusses nicht beliebt. Dies alles zeigt, daß eine ernsthafte Beratung im Ausschub nicht beabsichtigt ist, weshalb wir die Teilnahme an diesen Beratungen ablehnen.“

Hierauf verließen sowohl die Vertreter der deutschen Sozialdemokraten wie jene der deutschbürgerlichen Parteien den Sitzungssaal.

# Deutschnationale und Böhmische in Deutschland.



Man schraubt sich an mit wildem Schrein. Das größte Rind will jeder sein.



Doch sich — ein jedes von der Sippe bricht aus der gleichen Futtertrippe!

wurde. Der tschechische Parteivorstand von Hamburg-Altona hat wirklich den Wahlhelfern zur Vergütung ihrer Unkosten eine Mark ausbezahlt, wozu er durch eine Zuwendung von parteigenössischer Seite in stand gesetzt wurde. Nun haben die kommunistischen Zeitschriften behauptet, nicht der Altonaer Parteivorstand, sondern der Reichsparteivorstand habe nicht von einem Parteigenossen, sondern von der Reichsregierung nicht ein paar tausend Mark, sondern drei Viertelmillionen Mark bekommen. Aber auf so kleine Unterschiede kommt es nicht an. Es gilt ja die Sozialdemokraten zu verleumden.

**Vorvorbereitung des Ministers Hodza.** Die Wiener „Stunde“ meldet aus Prag: Samstag wurde in Prag die Tschechische Landwirtschaftliche Ausstellung eröffnet. Bei der Feierlichkeit fiel es auf, daß der Alderbaumhüter Hodza fehlte, der sich ursprünglich seinen Urlaub so einrichtete, daß er bei der Eröffnung dieser Ausstellung wieder in Prag sein sollte. Hodza hat aber seinen Urlaub vor einigen Tagen verlängert; er scheint demnach zur Demission entschlossen zu sein. In letzter Zeit wurde Hodza nämlich auch im Ministerrat wegen der Holzabfuhrungsverträge der staatlichen Wäldungen in der Slowakei und Karpathen angegriffen. Diese Verträge sollen für den Staat sehr nachteilig sein. Die Zusammenkünfte im Ministerrat waren so scharf, daß Hodza die Untersuchung durch ein Ehrengericht forderte. Hodza war neben dem Ministerpräsidenten Dreha die maranteste Erscheinung des Kabinetts. Er war es auch, der der inländischen Landwirtschaft durch Absperrung der Grenzen wieder zu Verdienstmöglichkeiten und hohen Getreidepreisen verholfen hat.

**Einberufung des Abgeordnetenhauses.** Wie wir erfahren, wurde das Abgeordnetenhause auf Dienstag den 27. Mai, 11 Uhr vormittags, einberufen. Auf der Tagesordnung befinden sich außer einer Vorlage häußerlichen Charakters, dem Handelsvertrag mit Lettland und acht Immunitätsgesetzen, zwei Initiativanträge, die im Initiativ-ausschub zwar abgelehnt wurden, für die aber der Returs aus dem Hause ergriffen wurde. Es ist dies der arbeitseindliche Antrag Windisch gegen den Achtstundentag und ein Antrag unserer Genossen wegen Zuweisung der Korruptionsfälle an den Untersuchungsausschub.

**Ein Interview?** In der Abendausgabe der „Prager Presse“ vom Dienstag, ist unter dem Titel „Tschechen und Deutsche“ ein Artikel aus dem tschechischen Blatt „Politiken“ wiedergegeben. Dieser Aufsatz, gezeichnet von einem Herrn Nie. Blaedel, ist auf Unterredungen aufgebaut, die der Verfasser mit deutschen Parlamentariern der Tschechoslowakischen Republik gepflogen hat. Blaedel zitiert an zwei Stellen auch den angeblichen Inhalt seiner Unterredung mit dem Abgeordneten Genossen Dr. Holitscher, und zwar heißt es eingangs des Artikels:

„Die Ansicht über die Einheit Böhmens ist nunmehr allgemein, sozusagen bei allen Deutschen in der Tschechoslowakei. Ohne Vorbehalte hat mir ein führender deutscher sozialdemokratischer Parlamentarier, Abg. Dr. Holitscher, in einem Gespräch erklärt, daß klare Sprachgrenzen unüberwindlich seien, und daß es aus wirtschaftlichen Gründen unmöglich wäre, die überwindend deutschen Gebiete abzutrennen.“

An anderer Stelle des Aufsatzes, wie er in der „Prager Presse“ wiedergegeben ist, heißt es weiter:

Zwischen diese beiden Gruppen (gemeint sind die Gruppe der Arbeitergemeinschaft einerseits und die beiden hakenkreuzerischen Parteien andererseits, Num. d. Red.) stellt Blaedel die deutschen Sozialdemokraten mit 28 Mann, von deren wirklicher Stellung man sich sehr schwer eine klare Vorstellung bilden könne. Ihr Mitglied, Abg. Dr. Holitscher, habe sich, gefragt, dahin geäußert, daß sich die Partei normal und öffentlich des Programmes, das die Selbstbestimmung aufgestellt hat, mit allen seinen Konsequenzen nicht begeben habe. Dies sei auch schwer zu verlangen. In aller Stille sei man aber von

dieser Forderung abgekommen. In sozialdemokratischen Kreisen, schreibt Blaedel, habe ich genug nationalistische Aussprüche gehört und den Eindruck gewonnen, daß die Politik der Partei ziemlich unklar ist, und daß die nationalistische Stimmung in ihren Kreisen weiter reicht als bei den bürgerlich-demokratischen Parteien.“

Wir können, noch ehe sich Genosse Dr. Holitscher zu Worte meldet, erklären, daß es völlig ausgeschlossen ist, daß er die Äußerungen, die ihn von dem tschechischen Journalisten in den Mund gelegt werden, getan hat. Genosse Dr. Holitscher hat selbstverständlich niemals innerhalb der Partei derlei Ansichten geäußert. Der von der „Prager Presse“ so eifrig zitierte Artikel beruht, zumindest was die angeblich vom Genossen Holitscher ausgesprochenen Meinungen betrifft, auf einer groben Mystifikation. Im übrigen muß die Antwort des Genossen Dr. Holitscher, an den wir uns mit dem Ersuchen um Aufklärung gewendet haben, abgewartet werden.

## Ausland.

### Das außenpolitische Programm der französischen Sozialdemokraten.

In einem dem „Gaulois“ gewährten Interview zitiert Genosse Paul Bouncourt im folgenden die Hauptpunkte des außenpolitischen Programms, das die sozialistische Partei im Laufe der neuen Legislaturperiode ermöglichen zu können glaubt: Beschränkung der Militärdienstzeit auf neun Monate, noch außen hin eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs und eine internationale Anleihe, die es Deutschland ermöglicht, sein wirtschaftliches Gleichgewicht wiederzufinden und die auf einen vernünftigen Betrag reduzierten Reparationen zu bezahlen. Garantie der französischen Sicherheit durch die Neutralisierung des linken Rheinflusses unter der Kontrolle des Völkerbundes, der zu diesem Zweck mit einer internationalen Streiktruppe ausgerüstet werden soll.

Die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung beherrscht mehr und mehr die gesamte französische Politik. Die Presse des nationalen Blochs spekuliert bereits auf ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien, die gemeinsam den Wahlkampf gewonnen haben, und hofft, daß die endgültige Ablehnung der Sozialisten, in das neue Ministerium einzutreten, die Radikalsozialisten zwingen werde, sich erneut der gemäßigten Reaktion in die Arme zu werfen. Dagegen bemüht sich die demokratische Presse, den Sozialisten zu beweisen, daß die unter völlig anderen Umständen gefaßten Entschlüsse von Amsterdam und Bordeaux unmöglich auf die heutige Lage Anwendung finden können. Wenn zehn Sozialisten schmollend abseits stehen und negative und unfruchtbare Kritik üben, meint das „Deubre“, so möge das hingenommen, aber hundert hätten nicht das Recht, sich zurückzuziehen. Wenn sie sich weigern sollten, die Macht, über die sie heute verfügen, zu gebrauchen, so würden sie alle diejenigen von sich stoßen, die bisher an ihre Ideale glaubt hätten.

Rechnisch urteilen die anderen demokratischen Organe. So sagt Paul Faure im „Populaire“: Die Partei werde unbedürftig um die Lockungen und Drängungen von rechts ihren Weg gehen. Die Delegierten der Organisationen, die in wenigen Tagen in Paris zu einem außerordentlichen Kongreß zusammentreten würden, hätten alle das Recht, über die Haltung der Fraktion zu bestimmen. Das sollten sich Freund und Gegner ein für allemal gesagt sein lassen. Die Verantwortung sei schwer, die Schwierigkeit groß, aber die Partei habe schon Schwerkere überstanden. Bei allen ihren Entschlüssen werde ausschließlich das Interesse der Arbeiterklasse ausschlaggebend sein.

## Inland.

### Strafanzeige gegen den Eisenbahnminister nach dem Terrorgesetz?

Das „Pravo Lidu“ bringt in großer Aufmachung eine Meldung, nach der sich die Beschwerden aus den Reihen der Eisenbahngestellten über die Protektionspolitik des Eisenbahnministers Skribny mehren. In letzter Zeit seien drastische Fälle der Verfolgung und Existenzvernichtung tschechischer und deutscher sozialdemokratischer Eisenbahngestellter vorgekommen und zwar wegen der Zugehörigkeit zu ihren Gewerkschaftsorganisationen. „Pravo Lidu“ sagt dann wörtlich:

„Wir erfahren, daß die Eisenbahnerunion und der deutsche „Verband“ gegen den Eisenbahnminister die Strafanzeige wegen Straftaten auf Grund des Terrorgesetzes zu überreichen gedenken. Die Strafanzeige wird sich mit hunderten genau festgestellten und bewiesenen Fällen der Existenzschädigung der Eisenbahngestellten wegen ihrer organisatorischen Zugehörigkeit, bzw. ihrer politischen Ueberzeugung, befaßen. Es handelt sich angeblich um wirkliche Protektionsfälle, um Fälle, die in einem Rechtsstaat unmöglich sind und in denen es sich durchwegs um die persönliche Entscheidung des Ministers handelt.“

Wir haben uns an den „Verband der Eisenbahner in der tschechoslowakischen Republik“ gewandt, um zu erfahren, wie es sich mit dieser Meldung verhält. Es wurde uns mitgeteilt, daß der in der Meldung des „Pravo Lidu“ zitierte „Verband“ mit dem „Verband der Eisenbahner in der tschechoslowakischen Republik“ nicht identisch ist und daß dieser sich mit der Erhebung einer Anklage gegen den Minister Skribny nicht befaßt. Der „Verband der Eisenbahner in der tschechoslowakischen Republik“ hat sich auch an das „Pravo Lidu“ mit dem Ersuchen um Klärung seiner Meldung gewendet.

### Der dumme Kerl von Reichenberg.

Der „Vorwärts“ in Reichenberg spuckt noch immer vor Wut über den Ausfall der französischen Wahlen. Unter ihrem Eindruck, von dem sich die „Vorwärts“-Redakteure gar nicht befreien können, kommen sie zu Zwangsvorstellungen, die auch den mitfühlsamen Menschen zum Lachen reizen. Man lese zum Beispiel folgendes mathe-

mathesisches Kunststück des „Vorwärts“ aus dessen letzter Nummer:

„Die 100 Mandate der französischen Sozialdemokraten stammen nicht von sozialdemokratischen Arbeitern — denn solche gibt es sehr wenig —, sondern von kommunistischen Arbeitern, deren Stimmen die französischen Sozialdemokraten eben mit Hilfe des französischen Wahlrechtes, bzw. mit Hilfe der französischen Kapitalisten sich angeeignet haben.“

Hier stehts. Sie können nicht anders. Gott helfe ihnen. Amen. Der kluge Mann, der das geschrieben hat, „überfieht“, daß erstens den Kommunisten (beispielsweise in Paris) auch Stimmen der Sozialdemokraten und auch Stimmen der rechts- und linksbürgerlichen Parteien zufließen und daß zweitens anderwärts kommunistische Stimmen nicht nur den Sozialdemokraten und dem Linksbund, sondern auch dem nationalen Bloß zugezählt wurden. Und überall dort haben eben die Kommunisten, die das Proletariat spalteten, durch ihr alleiniges Vorgehen direkt das Regime Poincares gestützt, wobei sie, die Zerstörer der proletarischen Einigkeit, nicht einmal das niederrichtige französische Wahlrecht zur Verantwortung ziehen dürfen. Wenn jemand, so sind sie die „Lalaien der Bourgeoisie“, und zwar, in Deutschland wie in Frankreich, die Lalaien des reaktionärsten Teiles des Bürgertums, indem sie in einer Front mit Deutschnationalen oder Chauvinisten gegen die Demokratie aufmarschieren. Dieser Zusammenhang dürfte sogar den Lesern des „Vorwärts“ klar sein, falls es dem Geblödel dieser Zeitung noch nicht gelungen ist, den kommunistischen Arbeitern selbständiges Denken ganz abzugewöhnen.

**Kommunistische Lügen.** Die Aufziffer kommunistische „Internationale“ brachte wieder einmal einige faulstidige Lügen über die Sozialdemokratie. Da nun Lügen über unsere Partei gar zu kurze Beine haben, verleumdet man fleißig die reichsdeutschen Sozialdemokraten. Die Verleumdungen werden fertig aus der Berliner „Morgen Freiheit“ in den Reichenberger „Vorwärts“ übernommen und kommen dann am nächsten Tag in die „Internationale“, obwohl natürlich mittlerweile die Lügen längst nachgewiesen wurden. Die „Internationale“ handelt jedoch nach dem Sprichwort: „Verleumdung läßt sich nicht abwaschen.“ Wir stellen daher nach dem Berliner „Vorwärts“ fest, daß es eine plumpe Verdächtigung ist, wenn von „sozialdemokratischer Korruption“ gesprochen wird, weil für die Genossen, welche als Wahlhelfer tätig waren, eine Mark (= acht Kr.) pro Kopf in Hamburg von der Partei ausgezahlt

### Der deutsch-russische Konflikt.

Allen Aufsehen nach nimmt die Klärung des deutsch-russischen Konfliktes nicht jenen Verlauf, den man noch vor wenigen Tagen erwartete. Die Reichsregierung hat dem russischen Außenministerium bekanntlich eine Note überreichen lassen, in der sie u. a. ein Schiedsgericht zur Klärung des Konfliktes vorschlägt. Auf diese Note hat die Sowjetregierung keine Antwort erteilt. Inzwischen überreichte sie jedoch dem deutschen Botschafter in Moskau eine Note, in der die Entschuldigung für das Verhalten der Polizei in den international üblichen Formen verlangt, die Bestätigung der Extraterritorialität der Handelsvertretung, die Bestrafung der Urheber bzw. Führer der Hausdurchsuchung und die Entschädigung der Betroffenen für die von der Polizei verursachten Verluste gefordert wird. In dieser Note wird mit keinem Wort auf den deutschen Vorschlag, ein Schiedsgericht zur Klärung des Konfliktes einzusetzen, eingegangen, obwohl die Note der Reichsregierung bereits im Besitz Russlands war, als die Note der russischen Regierung dem deutschen Botschafter in Moskau übermittelt wurde. Das ist ein mehr als sonderbares Verfahren, und es ist deshalb nur recht und billig, wenn die Reichsregierung auf die russische Forderung zunächst nicht eingeht, sondern abwartet. Abgesehen von politischen Gründen entspricht das einem geordneten geschäftsmäßigen Gang, den man auch bei dem russischen Außenministerium voraussetzen sollte. Im übrigen sind wir der Auffassung, daß die russische Regierung das Bestreben bei der Klärung der Angelegenheit mehr in den Hintergrund stellen sollte. Auch ihr dürfte bekannt geworden sein, daß es der Berliner Polizei gelungen ist, den Kommunisten Bosenhard, durch dessen Verhalten während seines Transportes der Konflikt entstand, inzwischen in der Privatwohnung eines Angestellten der russischen Handelsvertretung wieder verhaftet werden konnte.

### Innere Kämpfe in Litauen.

Aus Nowo wird uns geschrieben: Im Mittelpunkt des innerpolitischen Kampfes in Litauen steht gegenwärtig die Erörterung über die Aufhebung des Kriegszustandes, der seit Gründung des Staates Litauen besteht. In den Jahren 1918 bis 1920, als noch schwere Kämpfe mit den ins Land eingebrochenen bolschewistischen Scharen tobten und der junge Staat sich gegen die aus Deutschland eingebrungenen Bernoldi-Avalof-Scharen, die in Rußland die Monarchie wieder aufrichten wollten, zu verteidigen hatte, war der Kriegszustand noch zu rechtfertigen. Später mußten dann die Annexionsabsichten Polens und die Aufdeckung einer polnischen Geheimorganisation, der förmliche polnischen Guisbesitzer in Litauen angehört, herhalten, um den Kriegszustand weiterhin beizubehalten. Das kriegerische Untertanentum des Polengenerals Zeligowski und seine Eroberung des Wilna-Gebietes gab den regierenden Kreisen Litauens abermals den nötigen Vorwand, den Kriegszustand nicht zu beenden, sondern noch weitere Ausnahmegeetze zu schaffen. Alle diese Gründe sind heute, nachdem sich die Verhältnisse in den baltischen Staaten einigermaßen gefestigt haben, hinfällig geworden. Daher setzt die sozialdemokratische Partei Litauens und vor allem die Fraktion im Seim, jetzt ihre ganze Kraft ein, dem ewigen Kriegszustand im Lande ein Ende zu bereiten. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Kriegszustandes in allen Kreisen des Landes steht augenblicklich zur Beratung im Seim. Gegen die Befristung des Kriegszustandes können die bürgerlichen Parteien nichts mehr einwenden, sie wollen aber die Ausnahmegeetze, die die Sozialdemokratie ebenfalls beseitigt haben will, nicht preisgeben. Deshalb wird in der nächsten Zeit ein scharfer Kampf zwischen Sozialdemokraten und Bürokratismus entbrennen. Die sozialdemokratische Fraktion wird jetzt ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die in der Verfassung dem Volke zuerkannten Rechte nicht mehr länger geschmälert bleiben.

### Telegramme.

#### Quidde gegen eine Regierungskoalition mit den Deutschnationalen.

Berlin, 20. Mai. In der „Vossischen Zeitung“ wird ein Artikel des bekannten Pazifisten Quidde veröffentlicht, der sich gegen eine Einbeziehung der Deutschnationalen in die Koalition wendet, namentlich wegen der Wirkung auf die deutsche Außenpolitik, weil niemand einer Regierung der Deutschnationalen, auch wenn diese jetzt in Zad und Asche Buße läßt, und sich zur Annahme des Gutachtens verpflichteten, trauen würde. Verjage sich die deutschnationale Fraktion dem Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit, so werde zu überlegen sein, ob man auf dem Wege des Volkenscheidens, wie es die Sozialdemokraten wollen, der Schwierigkeiten Herr werden kann, oder ob man den Reichstag auflösen und an die Wähler appellieren müsse. Schließlich wendet sich Quidde auch dagegen, das Präsidium des neuen Reichstages anstatt mit dem Sozialdemokraten Löbe mit einem Deutschnationalen zu besetzen, was ein schwerer politischer Fehler wäre.

### Das linksregierte Frankreich erwartet eine deutsche Linksregierung.

Berlin, 20. Mai. Der „Vorwärts“ bringt ein Interview seines Vertreters in Paris mit dem sozialistischen Deputierten Moutet, dem bekannten Verteidiger Josephes Caillaux. Das Blatt bezeichnet Moutet als einen der intimsten Freunde Herriots. Wie aus dem Interview hervorgeht, ist es die Ansicht der Sozialisten in Frankreich, daß es mit den Nationalisten in Deutschland keine Verständigung gibt. Nur mit einer ebenfalls demokratischen Regierung in Berlin sei ein Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland möglich. Auf die Frage des Interviewers, was zu tun sei, erwiderte Moutet: „Wenn ich einen Wunsch aussprechen darf, so wäre es der, daß die deutsche Demokratie in der Stunde, in welcher in England eine Regierung MacDonald am Ruder ist, in der in Frankreich eine Linksregierung die Macht antreten wird, die historische Bedeutung dieses Augenblickes erfasse und uns die Möglichkeit gebe, daß wir vor uns Männer finden, welche die gleichen Ziele internationaler Gerechtigkeit, der europäischen Demokratie und des Weltfriedens verfolgen.“

### Günstige Aufnahme in London.

London, 20. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, es könne jetzt bestimmt erklärt werden, daß die britische Regierung keine weiteren Verhandlungen mit Paris über die Frage des Dawes-Berichtes führen werde, bis nicht die neue französische Regierung sich im Sattel befindet. Die Erklärungen Herriots und Painlevés bezüglich ihres internationalen Programms hätten in London einen günstigen Eindruck hervorgerufen. Sie zeigten eine ziemlich enge Verwandtschaft mit dem Geiste, der die Haltung MacDonalds und seiner Kollegen gegenüber den wichtigen Fragen bestimmte.

### Die geschlagenen Präsidenten.

Paris, 20. Mai. Der „Temps“ meldet, daß Präsident Millerand heute mittags Poincaré empfangen habe und mit ihm eine längere Unterredung hatte.

### Der Freispruch der Wiener Halbkreuz-Mörder.

Wien, 20. Mai. (Eigenbericht.) Das Urteil in dem Prozeß gegen die Mörder des Genossen Still hat in den Wiener Betrieben große Erregung hervorgerufen, und in einzelnen Großbetrieben wollten die Arbeiter die Arbeit einstellen. Nur mit Mühe gelang es den Vertrauensmännern, derartige Schritte zu verhindern. Eine Vertretung des sozialdemokratischen Abgeordnetenverbandes hat sich heute zu Justizminister Dr. Frank begeben und hat ihn auf die Erregung unter den Arbeitern aufmerksam gemacht. Dr. Frank erklärte, daß ein Urteil eines Gerichtes unabhängig sei und wenn es auch bedenklich sei, daß ein Menschenleben durch eine strafbare Handlung vernichtet wird, ohne daß eine Sühne erfolgte, so könne er doch in das Strafverfahren nicht eingreifen. Er habe aber vom Staatsanwalt einen Bericht aberlangt, ob die Voraussetzungen über die Einlegung eines Rechtsmittels vorliegen. Heute abends fand im Favoritner Arbeiterheim eine massenhafte Versammlung statt, in der über das Urteil gesprochen wurde, und in der die Erregung der Arbeiterschaft zum Ausdruck kam. Donnerstag wird in der Volkshalle des neuen Rathauses eine Kundgebung des republikanischen Schulbundes stattfinden, der sich ebenfalls mit dem Urteil befaßt wird.

### Das klerikale Finanzministerium und der Wiener Börsenkrach.

Wien, 20. Mai. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Nationalrates erhob Abgeordneter Genosse Ellenbogen heftige Angriffe gegen das Finanzministerium und erklärte, daß er gegen das Finanzministerium die Anklage erhebe, daß es an dem furchtbaren Krach schuld sei und zwar nicht nur negativ durch Nichtbeachtung der Warnungen, sondern auch positiv durch die unmittelbare Schaffung der Ursachen dieser Erscheinung. In zahllosen Fällen seien Konzeptionen zum Devisenhandel erteilt worden an Leute, die nicht nur keine Erfahrung in Bankgewerbe hatten, sondern auch moralisch tief standen, ja sogar an solche, die unmittelbar bankrott geworden waren. Es wurde von der Regierung das Schlagwort von der Aufwertung in die Massen geworfen und die Folge waren Exzesse im Börsenwesen, die geradezu in Betrug ausarteten. Das Finanzministerium habe dazu direkt angeeifert. Es muß geradezu als kriminell bezeichnet werden, daß das ahnungslose Publikum durch die zahllosen Bankrottierungen in den Anlauf zum großen Teil wertloser Papiere hineingetrieben und dazu verlockt wurde, über seine Leistungsfähigkeit hinaus Wertpapiere anzukaufen.

### Gegen die Wiederbetragung Bassi.

Belgrad, 20. Mai. Bassi neuerliche Betragung hat bei der Opposition großen Anmut ausgelöst. Es wird erklärt, daß die provisorische Lösung der Krise nicht in korrekter Weise erfolgte. Bassi, der bereits zweimal demissioniert hatte, weil er im Parlament keine absolute Majorität besaß, wurde nun zum dritten Male mit der Bildung eines Arbeitsministeriums

betraut, obwohl in unzweifelhafter Weise festgestellt wurde, daß er in der Stupfahnte die erforderliche Unterstützung nicht finden könne. Normalerweise hätte Davidovic als Führer der Opposition die Bildung eines Arbeitsministeriums vornehmen müssen. Diese Unterlassung werde schwere Folgen nach sich ziehen, weil die oppositionellen Wähler, welche zur Erkenntnis gelangen werden, daß Bassi im Staate eine bevorzugte Stellung genießt, trotzdem die Mehrheit des Volkes gegen sein Regierungssystem sei. Das Verbleiben Bassi im Amte biete Rabisi eine glänzende Satisfaktion, da es sich nun zeige, daß die maßgebenden Faktoren in Belgrad tatsächlich gegen eine Verständigung mit den Kroaten seien.

### Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr.	.....	Dollar	2.95.25
Paris 100 .....	Schweiz. Franc	16.62.50	
Berlin 1 .....	Mark	1250.00.000.000.00	
Wien 1 .....	östr. Kronen	2.105.00	

### Prager Kurse am 20. Mai.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1376.00	1282.00
100 holl. Mark	8.06.00	8.26.00
100 belg. Francs	160.25.00	161.75.00
100 schwed. Kronen	604.00.00	607.00.00
100 russ. Rubel	248.55.00	149.05.00
100 Dinar	168.75.00	155.25.00
100 Dollar	38.95.00	34.25.00
100 franz. Francs	187.50.00	188.00.00
100 Dinar	42.67.00	43.17.50
10.000 ungar. Kronen	3.75.00	4.25.00
1.000.000 poln. Mark	6.61.00	6.67.00
10.000 östr. Kronen	4.80.75	5.00.75

### Tages-Neuigkeiten.

#### „Slavná sněmovno!“

Königliche Proben unfreiwilligen Humors ergibt eine Sammlung der Reden, die in der Frühjahrssession gehalten wurden:

Der jetzige Kultus- und Unterrichtsminister ist ein Mann, dessen linke Hand nie weiß, was die rechte sagt.

Wenn unsere Karel Sobieski und Jan Hus heute noch lebten, würden sie sich im Grabe umdrehen.

Ich kann nicht länger schweigen, ohne einige Worte zu sagen.

Zentnerstüber kostet auf unserer Presse das Auge des Gesetzes.

Ein wichtiger Zweig der Landwirtschaft ist die Aufzucht des Viehs, dem auch ich die Ehre anzuhören habe.

Was nützt das Fleischen der Zähne, wenn man dieselben verloren hat.

Meine Herren! Wenn wir das Vieh schützen, dann schützen wir auch uns.

Kein Loch ist zu groß, durch das das goldene Kalb nicht lächelnd hindurchkriechen könnte.

### Die Universitätsbibliothek.

Unsere Universitätsbibliothek ist ein Stiefkind. Wer dort arbeiten möchte, könnte Hände über die Hüften, die dort herrscht, erzählen. Schon das Lesezimmer, das vielleicht zur Zeit Josef II. hinreichend gewesen sein konnte, erweist deutlich den elenden Zustand dieser Bibliothek. Das Büchermaterial ist mangelhaft, unsystematisch, selbst die geringsten Neuanschaffungen sind lange Zeit unzugänglich, kurz eine zweckmäßige Organisation ist infolge der mangelhaften Behelfe, infolge der vollkommen unpassenden Räume unmöglich gemacht.

Schon im alten Oesterreich wurde in richtiger Erkenntnis dieser unerträglichen Zustände der Plan gefaßt, ein neues Gebäude für die Universitätsbibliothek aufzuführen. Kurz vor Ausbruch des Krieges beschloß der Stadtrat, den freien Platz gegenüber dem Klementinum zwischen Saazer- und Platnergasse für diesen Zweck zu überlassen. Nachlässigkeit der Behörden im neuen Staatswesen ließen diesen Bauplatz verloren gehen. Anstatt einen neuen Bauplatz zu suchen, um ein den modernen Ansprüchen des Büchereiwesens entsprechendes Gebäude zu schaffen, entschied das Schulministerium, das alte Jesuitenkolleg Klementinum für die Zwecke der Universitätsbibliothek zu adaptieren.

Fachmännisch ist dieses Vorhaben ein wahnsinniges Beginnen, das nur aus anderen als laudieren, sachlichen Motiven erklärt werden kann. Die alten Bibliotheken waren nach dem Saal-(Galerien-)System eingerichtet, während eine moderne Bibliotheksanlage das Magazinssystem fordert. Selbst der Laie erkennt auf den ersten Blick, daß der Umbau eines alten Klosters, der doch schließlich vollkommen mißlingen muß, einen größeren Aufwand erfordern wird als ein neues Gebäude.

Ueberraschend wirkt, daß der Plan des Aufbaues jeder ziffernmäßigen Grundlage entbehrt. Das Klementinum muß umgebaut, Stodwerke müssen aufgesetzt werden (wehrt sich denn da niemand gegen die Verschönerung?), ohne daß eine Berechnung über die Kosten aufgestellt worden wäre. Der größte Teil des Klementinum gehört dem Religionsfond, der sich die Uebergabe wird teuer bezahlen lassen; allein die Kaufsumme würde die Hälfte der Kosten eines Neubaus, der nach Aufzeichnungen von Fachleuten zehn bis zwölf Millionen erfordern würde bestreiten. Ein Neubau könnte nach den Erfahrungen ausländischer Biblio-

theken zweckmäßig eingerichtet werden, dagegen stellt sich das Klostergebäude trotz der großen Kosten nie zu diesem Zwecke eignen, da das Klementinum halb demoliert werden müßte und dennoch wegen der großen Höhe unbrauchbar sein wird. In welcher Weise man die Aufzüge, die Luftpost usw. einbauen und was es kosten wird, das sind weitere Fragen, die noch, bevor zum Umbau geschritten wird, beantwortet sein sollten.

Das vollkommen ungeeignete Gebäude wird bei der völlig verfehlten Einrichtung auch einen mehrfachen Personalaufwand, eine viel größere Arbeit bei viel geringerer Leistung erfordern, als es bei einem modernen Bibliotheksgebäude der Fall wäre. Nur allein die Ueberwindung der Raumschwierigkeiten wird ungeheure Kosten verschlingen. Außer den zwei großen Kirchen, die sich noch am besten als Magazine der Bibliothek eignen würden, umfaßt nämlich das Klementinum 12.800 Quadratmeter. Der vom Schulministerium genehmigte Plan gedeckt 30 Waggons Bücher auf den Dachboden (!) unterzubringen. Die Ausfüllung eines Teiles des Klementinums wird allein 2.5 Millionen erfordern.

Der kluge Kopf, der alles dies ausgeht und trotz der verzweifeltsten Abwehr erfahrener Bibliothekare durchgesetzt hat, ist Herr Machon, ein Schüler Kotaras, der jetzt den Ruhm und den Namen seines Lehrers ausniht. Fachleute sind über den Plan Machons bestürzt, selbst das Ministerium für öffentliche Arbeiten lehnt ihn ab, trotzdem soll schon am 1. Juni mit dem Umbau begonnen werden. Den ganzen Fall beleuchtet trotz die Art und Weise der Offertauschreibung. Die Ausfüllung wurde mit einer Frist bis 11. Mai am 1. Mai ausgeschrieben und nach drei Tagen war sie bereits vergeben. Das Interesse der Bibliothek, der Prager Hochschulen und der Wissenschaft überhaupt wurde vollkommen ausgeschaltet. Es geht einzig und allein um die Möglichkeit, den größten Gewinn herauszuschlagen. Ein Umbau ist unkontrollierbar, während bei einem Neubau die Konkurrenz klare, einwandfreie Vorschläge erstatten kann. In der Adaptierung des alten Klostergebäudes werden Millionen begraben zum größten Schaden der Staatskassa und der Bibliothek selbst.

Wir warnen noch rechtzeitig; daß man an Benjin, an Spiritus verdient, überrascht nicht, doch daß auch die unschuldigen Bücher dazu erhalten sollen, wirkt betäubend.

### Die Alte am Fenster.

Skizze von Otho Mapper.

Den ganzen Tag sitzt sie am Fenster und juckt. Für wen mag sie wohl soviel arbeiten? Für ihre Kinder oder die Enkelkinder? Schnees weißes Haar umrahmt ihr Gesicht, aber ihre Finger bewegen sich unaufhörlich. Ich sehe keinen Menschen bei ihr; nur ab und zu steht ein blonder frischer Junge an ihrer Seite, dem sie von Zeit zu Zeit über den lockigen Kopf streicht. Dann ruhen ihre alten Hände einen Augenblick und ein Lächeln liegt auf ihrem eingefallenen, von Kummer und Leid durchfurchten Gesicht. Ich denke an meine Kindheit. Großmütterchen wolle zärtliche Hände gleiten mir übers Haar. Sonnige Kinderträume... märchenfern... verunkelene Spiele... Frieden.

Seit drei Tagen ist der Fensterplatz leer. Nicht einmal der blonde frische Junge ist zu sehen. Immer wieder bei meiner Arbeit fliegt mein Blick hinüber zu dem Fenster, an dem sie saß. Ich bin unruhig. Ist sie krank? Ist etwas passiert? Das Fenster ist seit gestern zugezogen. Ich sehe kein Gesicht. Ich kann mir nicht wie sonst bei meiner Arbeit Freude und Mut holen an dem Bild des Alttagfriedens... der Ruhe nach getanem Werk.

Mein erster Blick am Morgen trifft das Fenster, es steht weit offen. Der Platz ist noch leer. Vielleicht kommt sie bald. Ich warte. Ich kann in das Zimmer sehen. Ein schlanker blonder Mann steht in der Mitte. Eine junge Frau geht am Fenster vorbei, sie stößt dort in Kästen und Schubladen. Nun sehe ich auch den blonden frischen Vordenkopf. Er tritt ans Fenster und blickt hinaus. Doch gleich dreht er sich um und sagt etwas zu der jungen Frau; sie tritt vor den Spiegel und pudert sich. Der Mann tritt ans Fenster. Was gibt es dort unten auf der Straße? Ich schaue hinunter. Ein Leichenwagen hält vor der Tür. Mein Herz krampt sich zusammen.

Menschen bewegen sich drüben im Zimmer. Auf einmal ist alles still. Ich blide wieder hinab auf die Straße. Vier Männer tragen einen schwarzen Sarg. Und hinterher schreitet ein schlanker, blonder Mann, am Arme eine schwarzgekleidete Frau, die sich mit einem weißen Tuch über das Gesicht fährt. Am Fensterplatz sitzt der Junge, den Kopf auf den Armen und rührt sich nicht.

Am Abend erfährt ich die Geschichte. Sie war sehr allein, die alte Frau. Sohn und Schwiegetochter kamen nie — sie hatten ja ihr Geschäft, ihre Wohnung, ihr Vergnügen. Nur den Jungen schickten sie dann und wann; er hatte noch Zeit für Großmamas Märchen und Mahnungen.

Sie hatte wohl viele, viele Jahre gewartet, die alte Frau. Aber dann fühlte sie, daß sie vergeblich war... und öffnete den Gashahn. „In einem Anfall von Geistesstörung...“ sagten die Verwandten. „Und bei einer so anständigen Familie...“ entrüsteten sich die Krämer. „Da hätte sie doch Rücksicht nehmen sollen...“

Ja, es war eine einfache Geschichte und gar nicht geheimnisvoll. Nur — daß sie laufend und tausendmal passiert — so grauenvoll einfach ist die Geschichte.

Nach den Affären die Reorganisation. Laut „Narodni Demokrati“ sollen in nächster Zeit durchgeführte Veränderungen im Ministerium für Nationalverteidigung stattfinden. So werden die Einkäufe von Rohmaterial und militärischen Bedürfnissen reorganisiert und es wird eine einheitliche Einkaufsaktion errichtet werden, die einer aus Vertretern des Wehrausschusses zusammengesetzten Finanzkommission direkt untergeordnet sein wird. Auch in der Fliegerabteilung werde es zu wichtigen Veränderungen kommen.

Ein schweres Eisenbahnunglück in Tschechien. Dienstag halb 3 Uhr nachmittags entgleiste auf der Bielabridge ein Schlepplag, der mit 16 Waggons vom Umfahrlag zum Bahnhof der A.T.G. herüberfuhr. Ein Waggon schied bei der scharfen Kurve aus dem Geleise gesprungen zu sein. Dadurch kam der ganze Zug ins Rollen. Der Anprall hatte furchtbare Wirkungen. Acht Waggons wurden mit ungeheurer Gewalt aneinandergedrückt. Der in der Zugmitte befindliche Waggon wurde am meisten magerommen. Zwei Räder wurden einfach weggerissen und durch die Gewalt des Anpralls etwa 10 Meter vorwärts getrieben. Die Waggons sind ineinandergeschoben, die Puffer sind wie dünne Blechplatten verbogen, teilweise in die nächststehenden Waggons eingebohrt. Der mittlere Waggon steht schräg in der Luft. Der auf ihm befindliche Brenner Josef Höy aus Práibitz wurde zum Glück herausgeschleudert und fiel in die Weiden, sonst wäre er zerquetscht worden. Das Bremsgehäuse ist wie eine Hündelschachtel zusammengebrückt. Es gelang Höy, der innere Verletzungen und eine Kopfwunde erlitten hatte, aus dem Wasser zu retten. Er wurde sofort in das Krankenhaus geschafft. Die Nachfrage ergab, daß er jedenfalls eine Lungenentzündung erlitt. Der zweite Brenner, Marál, hat einige leichtere Verletzungen, wie Quetschungen am Arm, erlitten. Er befindet sich in häuslicher Pflege. Der Anblick der Unglücksstätte gibt ein Bild von der Wucht des Anpralls. Die Schienen sind auseinandergebrochen, die eisernen Verbindungsstücke der Schwellen zertrümmert. Die Waggons waren meist mit Eisenblech beladen; die etwa 15 Tonnen betragende schwere Ladung hat wohl auch zu den verheerenden Folgen beigetragen. Die Unglücksstätte wurde von Polizei und Gendarmen abgeperrt, doch umdrängte die Menge der Neugierigen den ganzen Nachmittag den Schauplatz des Unglücks. Der Sachschaden ist ein sehr großer; es dürfte wenigstens drei Tage dauern, bis der Verkehr zum Umfahrlag wieder ausgenommen werden kann. Es ist ein wahres Glück zu nennen, daß sich keine Kinder oder Passanten auf der Brücke befanden, wie dies sonst der Fall ist.

Große Jugendfürsorgetagung der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen. Begünstigt vom herrlichsten Maiwetter fand in Böhmisch-Weipa in den Tagen vom 16. bis 19. Mai der diesjährige Vertretertag der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen statt. Freitag, den 16. Mai wurde zunächst die sehr bedeutsame Wanderausstellung für Mutterschutz und Säuglingsfürsorge in der Turnhalle in Böhmisch-Weipa eröffnet. Am 10. Uhr vormittags wurde die Ausstellung für Säuglingspflege, verbunden mit Mutterkursen in der Turnhalle eröffnet. Samstag, den 17. Mai, fand am Nachmittag zunächst eine zahlreich besuchte Hauptausstellung der Deutschen Landeskommission statt, worauf um 5 Uhr im großen Apollosaal der Vertretertag eröffnet wurde. Es waren 115 Vertreter aus 54 Zweigvereinen erschienen. Der Organisator, Oberlehrer Karl Theiner aus Wien, erstattete einen sehr lehrreichen Bericht über die Arbeiten der Zweigvereine und den Stand der Organisation im Jahre 1923. Die 98 Zweigvereine der Deutschen Landeskommission zählen insgesamt 42.236 Mitglieder, also etwa 2 Prozent aller Deutschen Böhmens. Für Säuglinge und Kleinkinder bestehen derzeit: 163 Mutterberatungsstellen mit 49 ausgebildeten Fürsorgefachweibern, 11 Wöchnerinnenheime, neun Säuglingsheime, neun Stillkrippen, 19 Kleinkinderhorten, 42 Bewahranstalten, 218 Kinderkrippen; für die schulpflichtige Jugend: 9 Horte, 12 Jugendleshallen, 14 Schulhelferinnen, 47 Wanderherbergen, 24 Ferienheime, 9 Kinderherbergen, zahlreiche Fürsorge- und Erziehungsanstalten; für die schulentlassene Jugend wurden Lehrlingshorte und Heimstätten geschaffen. Außerdem wirken eine stattliche Reihe von Hilfsvereinigungen wie Stillpropaganda in 60 Bezirken, Hauspflege in 26, Märchenzählungen und Puppentheateraufführungen in 45 Fällen, Jugendkonzerte in 30, Berufsberatung in 27, Elternberatung in 17, Elternabende in 33, Schulpflicht und Legitimationszwang für Jugendliche in 38 und Vorbildung schulentwachsener Mädchen für den Hausbau- und Mutterberuf in 24 Bezirken, 63 Berufsvormundschaften betreuen 9.069 Mündel; außerdem wurden von den Zweigvereinen insgesamt über 14.000 Kinder mit einem Betrage von rund 2 Millionen Kronen unterstützt und erzogen. Obwohl schon diese wenigen Zahlen eine recht deutliche Sprache führen, so darf doch nicht vergessen werden, daß daneben die Zweigvereine nach eine ganze Unsumme von selbstloser Arbeit und Aufopferung auf sich nehmen, die sich zahlenmäßig nicht darstellen läßt. Als weiterer Beratungsgegenstand war die Berufsvormundtschaft angelegt und es sprach über diesen Gegenstand der Generalvortrag vom Standpunkte städtischer Verhältnisse aus und fürsorgefachlicher Sorn, Reudel aus den Verhältnissen eines ländlichen Industriebezirkes heraus. Mit der Wahl der Hauptausstellungsglieder wurde die Tagung geschlossen.

Der Kirchenstreit. Ueber Auftrag der politischen Landesverwaltung wurde die Dekanatskirche

in Königinhof a. d. Elbe und die Nikolaikirche in Jaromer, die kürzlich von Anhängern der tschechoslowakischen Kirche beschlagnahmt wurden, ihren ursprünglichen Besitzern zurückgegeben. Weisungen zur Rückstellung der Kirchen wurden den tschechoslowakischen Kirchen in Nachod, Studnitz bei Böhm.-Stalitz und Nachau bei Politz erteilt.

Eine junge Mutter. Bei der obligatorischen Jnspizierung der Schulkinder in Adersdorf wurde die Mutter der 13jährige M. B. gewisse Linien aufweise. Die genauere ärztliche Untersuchung ergab, daß sich das Mädchen im fünften Monat der Schwangerschaft befindet. Es wurde eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Soldatenunterstützung. Vom Ministerium für Nationalverteidigung wird mitgeteilt, daß Soldaten, die mit 20. September dauernd beurlaubt werden und den Anspruch auf Ueberweisung in die Reserve erst mit 30. September erlangen, der übliche sechentägige Urlaub für das zweite Halbjahr nicht erteilt werden darf, da ihre militärische Dienstzeit durch die vorzeitige Entlassung bereits um zehn Tage verkürzt ist.

Ueber einen kostspieligen Mietvertrag, der in Prag abgeschlossen wurde, berichtet die „Prager Abendzeitung“: Frau R. Bulovsky kaufte im November 1918 das Haus Hotel Central in der Silbernergasse und den Gesamtbetrag von 850.000 K. Zwei Parterrelokalitäten vermietete sie an die S. A. B. G.; die Lokalitäten hatten ein Ausmaß von 24,8x10,34 Meter. Neben der Jahresmiete, die mit 24.192 K festgesetzt wurde, ließ sich Frau Bulovsky ein Wirtstischgeld in der Höhe von 1.900.000 Kronen versprechen, die in zehn Jahresraten, zu jählich sechs Prozent Zinsen von dem bis dahin nicht bezahlten Reste, stets am 1. Mai abgezahlt werden sollten. Auf dieses Wirtstischgeld wurden am 1. Mai 1922 292.600 K, am 1. Mai 1923 281.000 K, demnach insgesamt 573.600 K gezahlt. Die Firma suchte einen Ausgleich zu treffen. Der Gatte der Besitzerin erklärte, daß er, sobald behördlich eingeschritten werde, bestimmte Geschäftsangelegenheiten verraten werde, wodurch die Firma noch mehr geschädigt werden würde.

Selbstmord auf den Schienen. Ein Mann namens Karl Moissl warf sich beim Flißhauer Kirchlein vor die Räder des Zuges um 9 Uhr 43 Min. verlassenden Pilsener Zuges und wurde sofort getötet.

Klassenlotterziehung. Bei der gestrigen Ziehung der fünften Klasse der zehnten Klassenlotterie wurden die Grundzahlen 83 und 98 gezogen. 20.000 K gewinnt; 155.983; je 10.000 K gewinnen: 37.583 104.798 169.298 168.598; je 5000 K gewinnen: 32.798 39.083 131.598 172.598; je 2000 K gewinnen: 18.998 28.798 33.983 63.898 83.398 91.198 96.898 99.398 107.483 111.683 113.498 115.883 125.598 142.798 145.183 151.398 161.383 173.183 177.198 178.898 180.098 182.183 186.883 190.198 205.098.

Wie sich die Hakenkreuzler den arischen Zivilisationsstaat vorstellen. In der „Politisch-anthropologischen Monatschrift“ schreibt der Hakenkreuzführer Franz Haizer. Er klagt über die gegenwärtige Zeit:

Was hätten die Griechen zu unserem allgemeinen oder besser all-gemeinen Wahlrecht gesagt, das seine männlichen und weiblichen Hausklaven zur Urne schickt? Die Emanzipation unserer weiblichen Hausbediensteten seit der heutigen ostgotischen Zeit die Krone auf. Wehe, wehe dem hochfahrenden Germanentum, das sich selbst dieser Erniedrigung nicht erwehren konnte! Wollen wir Studienmädchen die freie Selbstbestimmung zu philosophieren, die äußerlich mit feinen Lackschuhen und durchbrochenen Strümpfen Begehrlichkeit erwecken, unter diesem Plüster aber einen nie gewaschenen Körper verbergen? Die jedes Bild und jeden Spiegel nur äußerlich und hastig vom Staub reinigen, deren Rückseite aber in Schmutz und Spinnweben verkommen lassen? Bei deren Tragheit sich jedes Hausgehirn mit einem undurchdringlichen Bodenschlamm überkrustet? Die Römerin hätte in so einem Falle einfach nach der Beistiege gegriffen, die moderne Hausfrau aber muß froh sein, wenn dieses Ungetüm von Faulheit, Unreinlichkeit, Frechheit, Unfähigkeit, Unehrlichkeit und Irrenhaftigkeit überhaupt im Hause bleibt. Und diese Menschenklasse wollen unsere nationalen Volkserzieher durch „Aufklärung“ belehren, pflichtgetreu und vaterländisch denken, handeln und fühlen machen? Was für Vorstellungen haben diese beneidenswert kindlichen Gemüter vom Seelenleben dieser Menschenseele!

Unsere Nachkommenschaft müssen wir einer strengen Prüfung unterziehen und aus ihr herauslesen, was noch an Herrenblut zu retten ist. . . Wer dem Reiche Muramadas angehört, der soll Herr, wer aber Ahriman seinen Gott nennt, der soll Knecht sein, um unter der Peitsche der Herren dem Guten zu dienen. Das ist urarischer Dualismus! . . . Wenn wir aber beständig darauf hindrücken, was Anechten nach historischem und biologischem Rechte eigentlich gebührt, daß da jeden Anstand Kreuz, Peitsche und Ketten bedrohten und sie heute, dank unserer Gutmütigkeit, Weichlichkeit und Dummheit, wie Fürsten statt wie Sklaven leben, so wird das den Mut der Herrenleute heben, auf das Mädchen unserer Sklavensführer aber etwas abflühend wirken.

Darum kann man sich ungefähr ein Vorstellung davon machen, was die arbeitende Menschheit von den arischen Herrenmenschen zu erwarten hätte.

Abdul Medschid in Paris. Der Ex-Kaiser, der bis jetzt seine Zuflucht in der Schweiz gefunden hatte, übersiedelt nun, wie die französische Presse meldet, nach Paris. Bei dieser Gelegenheit versäumen die Pariser natürlich nicht, ihre mehr oder minder treffenden Bemerkungen zu machen. Ihre Stadt war ja nicht umsonst schon immer der Lieblingsaufenthaltsort der „rois en exil“, und solche Ex-Majestäten bildeten dann meist einen hervorragenden Stoff für die Konversation der Salons und die Refrains der Kabarets. Abdul Medschid hat also nun, wie ein Boulevardblatt sich ausdrückt, „seine Koffer und seine Entschlossenheit“ und kommt nach Paris, um den mit teuren Schweizer Franken bezahlten langweiligen Anblick der schneebedeckten Gipfel künftig mit der viel billigeren, aber auch nicht zu verachtenden Aussicht auf den Luxemburg-Garten zu vertauschen. Der biedere Pariser Bürger, dem bereits die im Gefolge des Frankfurter eingetragene Fremdenflut einigermaßen auf die Nerven gegangen ist, beginnt sich nachgerade, trotz seiner sprichwörtlichen Gastfreundschaft, etwas gegen die Ueberfremdung der „offenen Stadt“ aufzulehnen.

Dr. Niehl. Aus Wien wird gemeldet: Während der nationalsozialistische Reichsparteitag vergangenen Sonntag, wie schon gemeldet, den Ausschluß Dr. Niehls aus der Partei genehmigte und die Angelegenheit als endgültig erledigt erklärte, haben die Anhänger Dr. Niehls in einer Versammlung einstimmig die Gründung eines „Dr. Walther Niehl-Bundes“ beschlossen. Es handelt sich nicht um eine neue Partei, sondern um eine separate Organisation der Nationalsozialisten.

Astronomendilettanten-Kongress. Aus Berlin wird berichtet: Hier begann der diesjährige Kongress der Internationalen Gesellschaft der Liebhaber Astronomen.

Der „Tag des britischen Reiches“. Das „Empire Day“, der alljährlich am Tage des Geburtstages der Königin Viktoria gefeiert wird, wird heuer in London bei erhöhtem Gepränge auf der Ausstellung in Wembley begangen werden. In dem feierlichen Gottesdienste wurden Karten für 25.000 Personen ausgegeben. Ueber 30.000 Personen werden sich am Umzuge beteiligen. Die ganze Versammlung wird die Staatshymne singen in Begleitung einer Musikkapelle von mehr als 1000 Mann. Die Kirchengesänge wird ein Chor von 3000 Personen vom Vortrage bringen. Den Gottesdienst wird der Erzbischof von Canterbury unter Assistenz von Priestern nicht bloß der anglikanischen Kirche, sondern auch von Geistlichen aller unabhängigen Kirchen zelebrieren.

Falsche Pfundnoten. Aus Wien wird gemeldet: In der Angelegenheit der Verurteilung von falschen englischen Pfundnoten verhaftete die Wiener Polizei neuerlich zwei Italiener, und zwar die Italiener Rapote und Villani, die in Budapest falsche Pfundnoten veräußert hatten und die deshalb von der Budapest Polizei verfolgt wurden.

Eine Feldentat. Aus London wird gemeldet: Die Besatzer der Insel Wight und des Ufer von Hamshir waren gestern die Zeugen eines aufregenden Vorfalls in der Strafe von Solent. Der junge französische Lustschiffer Roitard sprang aus einem Ballon ins Meer und konnte erst nach längeren Bemühungen gerettet werden. Der erwählte Ballon beteiligte sich an einem Wettfliegen um den Preis von Rumont-Thieville. Im Verlaufe der Nacht verlor der Ballon die Richtung und gestern früh bemerkten die über dem Solent schwebenden Lustschiffer, daß das Gas aus dem Ballon entwichen. Trotzdem sie den ganzen Ballon auswarfen, sank der Ballon immer tiefer. Um das Gewicht noch mehr zu verringern, sprang Roitard aus dem Ballon ins Meer. Er wurde von einem Zuschauer am Ufer bemerkt, als er zirka zwei Meilen von der Küste im Meere schwamm. Der Mann bemühte sich, Roitard zu retten, jedoch war das Boot, welches er benützte, derart beschädigt, daß er wegen Eindringen des Wassers den Lustschiffer nicht an Bord nehmen konnte. Er hielt ihn jedoch solange über Wasser, bis die Uferwache zu Hilfe eilte. Infolge des Absprungs Roitard stieg der Ballon wiederum und konnte ohne Gefahr in Rossey landen.

Die Selbstmordflut. Aus Budapest wird gemeldet: In der letzten Zeit haben sich, wie in anderen Städten, auch in Budapest die Selbstmorde und Selbstmordversuche gehäuft. Gestern mußte die Rettungsgesellschaft in nicht weniger wie 16 Fällen von Selbstmorden und Selbstmordversuchen einschreiten.

Wetterbericht vom 20. Mai. Im Bereiche einer kleinen Luftstörung, die von Belgien gegen Polen wanderte, kam es Montag in der Nordhälfte des europäischen Binnenlandes zu ausgebreiteten Gewittern. In der Republik waren die Gewitter wohl kurz und im allgemeinen nur von ganz unerheblichen Niederschlag begleitet. Der Himmel blieb vorwiegend heiter, die Temperatur stieg in Böhmen bis 28 Grad Celsius in Prag und auf 29 Grad Celsius in Budweis. Lediglich Aulitz hatte einen Gewitterzug von neun Millimeter. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bewölkt, Gewitterneigung, ziemlich warm.

## Gerichtssaal.

### Aus einer Marmeladenfabrik.

Vor dem Leipziger Schöffengericht hatte sich der Fabrikant Any, Inhaber der Marmeladen- und Nahrungsmittelfabrik Any u. Covert, wegen Nahrungsmittelfälschung und der früheren Verleumdung Gerz sich wegen Verhülfe zu verantworten. Der Anklage lag folgende Ermittlung zugrunde:

Any hatte es verstanden, enorme Gewinne aus seiner Marmeladenherstellung zu erzielen. Als Hoerstellereigentümer blieb er während des ganzen Krieges als Heimatkämpfer zurück. Seine Aufgabe bestand darin, unter Verwendung von Obstresten und Trester für die Frontsoldaten und die darbennde Bevölkerung einen guten Brotanstrich herzustellen. Nach dem Kriege, nachdem die Zwangsverordnungen aufgehoben worden waren, wurde auch der Any'sche Betrieb zur Herstellung von Friedensware umgestellt. Es wurde die bekannte Dreifachmarmelade hergestellt. A. durfte nach der Anklageschrift in seinem Betriebe unehaltbare Zustände. Trotz der Einwendungen von Arbeitern und Angestellten wurde nicht dagegen eingeschritten, und wagte jemand Kritik zu üben, so wurde dieser in schroffem und barischem Ton abgewiesen. Deshalb lehrten tüchtige sachkundige Angestellte diesem Betriebe den Rücken, weil ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten mit diesem Unternehmer unmöglich war. Nahrungsmittelfabriken sollten musterhaftig sein, jedoch aus der Anlage ging hervor, daß in dem Any'schen Betrieb gerade das Gegenteil der Fall war. Zur Herstellung von Marmelade wurden Halbfertigfabrikate, Trester und Pulpe verwendet. Marmeladen, die schon mit Schimmel befallen waren, wurden wieder mit verarbeitet und als vollwertiges Genußmittel in den Handel gebracht. Bereits beanstandete, von Brekau zurückgeschickte Ware wurde umgekocht und wieder als Mischmarmelade verkauft. Marmeladenfassern mit der Kriegskflagge von Anno 1914, in denen der Inhalt schon in Gärung übergegangen war, kamen vom Stapelplatz zurück und wurden durch neues Verfahren umgearbeitet und ebenfalls verkauft. Auch im Betriebe selbst herrschte größte Unsauberkeit. Reste und Abfälle, die auf dem Boden lagen, wurden als brauchbar gesammelt. Pulpe und Trester, die einen ekelhaften Geruch verbreiteten, sind im Arbeitsraum vorgefunden worden. In der Marmelade hatte man häufig Maden vorgefunden, ebenso auch Leinwandwürmer, die vom Spund herabkriechen. Alle diese Dinge, auf die sich die Anklage stützte, bedeuten unehaltbare Zustände in einem Betriebe, in welchem Genußmittel für den menschlichen Bedarf hergestellt werden. Fabrikant A. bestritt mit aller Entschiedenheit diese geschilberten Verhältnisse in seinem Betriebe. Sein Prinzip bestände seit Bestehen der Firma in Sauberkeit und Ordnung. Das wäre von den höchsten Herrschaften auch anerkannt worden (!). Die Anklage stütze sich nur auf Bezeugungen von Entlassenen. Die Bemänglung von Trester und Pulpe sei zur Herstellung von Marmelade erlaubt. Der Hauptzeuge Dreemel, der bereits in andern Betrieben der Nahrungsmittelbranche tätig war, schilderte ekelhafte Zustände. Marmeladenkisten, die bis auf den Boden mit Maden beschichtet waren, seien zum Versand gekommen. Pulpe, die bereits in Verwesung übergegangen sei, mußte mit verwendet werden. Habe er als Angestellter die Zustände gerügt, so wäre er im barischem Ton von dem Unternehmer abgewiesen worden. Alle diese Verhältnisse haben ihn veranlaßt, die Stellung auszugeben. Zeuge Kriminalkommissar Winter hatte mit noch einem andern Kollegen die Unteruchung in diesem Betriebe eingeleitet. Sie schilderten die Verhältnisse als denkbar unangenehm. In einem angezeigten Fall sei die Marmelade verschimmelt und mit Maden durchsetzt gewesen. Any sei während der Unteruchung weggegangen und habe die Beamten stehen lassen (!). Die Zeugen haben dann Proben mitgenommen und zur gerichtlichen Unteruchung weitergeleitet. Weiter hätten sie noch einige dort beschäftigte Arbeiterinnen über die Zustände im Betriebe Any befragt. Bei Vernehmung der beiden Kriminalkommissare kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Any, dessen Verteidiger und den Zeugen. Man warf den beiden Beamten Unkorrektheiten und Zeugenbeeinflussung vor. Beide Beamte wehrten sich gegen diese Angriffe ganz entschieden. Es sei ihre Aufgabe, solche Zustände aufzudecken und zu untersuchen, da die Öffentlichkeit ein großes Interesse daran habe.

Ein Sachverständiger meinte: Wenn in Marmeladen keine Mengen Maden enthalten seien, so könnte diese trotzdem noch als Genußmittel verwendet werden (?). (Ein famoser Sachverständiger!) Auch die Marmelade mit Schimmelbecken könnte umgekocht und als verbesserte Herstellung in den Handel gegeben werden. Ekelhaftende Gerüche verdröbe die Pulpe, aber deswegen bestände noch kein Verwesungsprozeß und könnte diese Substanz nicht als verdorben und schädlich betrachtet werden. Sachverständiger Hempel erklärte, daß er nach 23jähriger Tätigkeit noch nicht solche miserablen Zustände gesehen hätte, wie auf dem Lagerplatz bei Any. Schlechte Ware lag neben guter und das dürfte bei einem Fachmann nie vorkommen. Bei einem Konservenpraktiker müßte der Grundgedanke sein: Was ich herstelle, will ich selbst auch genießen! Trestermehl beeinflusse den Geschmack der Marmelade und dürste nicht verwendet werden. Alles was in einer Nahrungsmittelfabrik unappetitlich erscheine, müßte unbedingt entfernt werden. Musterhaftig sei der Betrieb von Any keinesfalls gewesen.

Der Staatsanwalt beantragte Bestrafung wegen fahrlässiger Nahrungsmittelfälschung Wenn auch eine ganze Reihe von Zeugen verfragt hätten, so sei durch einzelne doch bewiesen worden, daß Any schlechtes Material zur Herstellung von Marmelade verwendet hätte Große Sorgfalt hätte der Angeklagte auf seinen Betrieb nicht gelegt, sonst hätten solche Zustände nicht einreichen können. Auch wäre Unsauberkeit bewiesen, denn alle Zeugen hätten bezeugt, daß Maden in Rohstoffen und in Fertigfabrikaten gewesen wären. Er beantragte nach § 11 wegen fahrlässiger Nahrungsmittelfälschung eine Geldstrafe. Das Urteil wird in den nächsten Tagen gefällt werden.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt. Es empfiehlt sich außerdem auf dem Erlagschein auch noch die auf der Zeitungsadresse angeführte

Evidenznummer

anzuführen. Die Bezugsgebühr beträgt monatlich R. 16.—, vierteljährig R. 48.—, halbjährig R. 96.—, ganzjährig R. 192.— und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementbeitrag muß längstens bis 10. in unserem Besitz sein und erstreckt sich auf die Zeitungsadresse angeführte

Kleine Chronik.

Künstliche Edelsteine. Die künstlichen (sogenannten „synthetischen“) Steine sollen in der diesjährigen Mode die teuersten Kleider schmücken, doch da sie an sich nicht billig sind, so werden sich nur die reichen Frauen diesen Luxus gestatten können. Synthetische Steine, so erzählt uns der „Manchester Guardian“, sind im Tragen den echten gleich, sie haben den Glanz und die Härte wirklicher Saphire. Selbst einem Kenner würde es schwer fallen, einen echten von einem künstlichen Stein zu unterscheiden ohne die Hilfe des Mikroskops. Merkwürdigerweise ist der einzige Fehler der letzteren ihre Vollkommenheit, während die echten keine Fehler zeigen, die durch die natürliche Kristallisation hervorgerufen werden. Man sucht durch geschicktes Schleifen diese Fehler zu erzeugen, aber obwohl man das bloße Auge zu täuschen vermag, kann man das Mikroskop nicht hintergehen. Noch immer ist es nicht gelungen, den gegenwärtig gefischtesten Edelstein, den Smaragd, synthetisch herzustellen. Was auf dem Markt zu finden ist, ist entweder echt oder grünes Glas. Ebenso verhält es sich mit der Verfertigung des Diamants; man hat Vermögen daran gewandt, ohne einen Stein hervorbringen zu können, der den hundertsten Teil eines Karat wog. In dem synthetischen weißen Saphir hat jedoch der Diamant einen Nebenbuhler, der ihm an Glanz und Feuer gleichkommt, nur ist der erstere weniger hart, weshalb er in die Klasse der Saphire gereicht wird. Die beiden Steine ähneln einander so sehr, wenn man sie vermischt auf eine Schale legt, daß selbst ein Kenner sie ohne Härteprobe nicht unterscheiden kann. In letzter Zeit ist die Benennung „synthetisch“ oft mißbraucht worden, indem man unter diesem Namen gewöhnliche Glasimitationen verkaufte. Doch ist die Probe darauf ziemlich überzeugend und leicht. Man spitzt das Ende eines Streichholzstängels und taucht die Spitze in kaltes Wasser; ein Tropfen wird an der Spitze hängen bleiben. Nimmt man nun ein Ursglas, oder sonst ein Stück Glas, legt es flach auf den Tisch und bringt den Tropfen darauf, so wird er sich sofort flach ausbreiten. Tut man das gleiche mit einem Edelstein, so bleibt der Tropfen kugelförmig wie der Tautropfen an einem Blatt.

Ein Klubhaus der englischen Arbeiterpartei. Ramsay MacDonald eröffnete am Freitag mit einer Ansprache das neue parlamentarische Klubhaus der Arbeiterpartei, dessen Zweck es ist, einen ständigen Londoner Treffpunkt für die Arbeiterabgeordneten außerhalb des Parlaments und die Partei, beziehungsweise Gewerkschaftsfunktionäre, zu schaffen.

Volkswirtschaft.

Streik in den Metallbetrieben Bodenbachs

Infolge Abbruchs der Vertragsverhandlungen durch die Unternehmerorganisation am 14. Mai 1924, vertweigerte die Arbeiterchaft der Nordböhmischen Elektrizitätswerke die Leistung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit ab 18. Mai. Am 19. Mai mittags trat die Arbeiterchaft der Firma Metallum, 60 Mann, in den Streik. Bei der Firma Haardt u. Co. in Reschwilz legte die Arbeiterchaft, 980 Arbeiter und Arbeiterinnen, am 20. Mai früh die Arbeit nieder. Zugang ist nach Bodenbach strengstens fernzuhalten.

Die Lage des Metallmarktes. Die mißglückten Frankenspekulationen haben besonders den Metallmarkt stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Spekulationen leiteten sich oft in die Form von Metallkäufen, insbesondere von Blei, die dann bei der Erholung des Frankens zu großen Zahlungsschwierigkeiten und Infolvenzen des Metallhändlers führten. Durch diese Käufe trat eine übermäßige Preiserhöhung für Blei ein, die später durch die Zwangsverkäufe der Spekulant zurückgängig gemacht wurde. Das Nachlassen der Konjunktur in den Vereinigten Staaten, besonders in der Auto-

mobilitätsindustrie, hat zur Verabfolgung der Kupferpreise geführt. Auch sind die Preise für die anderen Metalle in der letzten Zeit zurückgegangen, mit Ausnahme des Aluminiums, dessen Verwendung für die verschiedensten Industriezweige, insbesondere beim Flugzeug- und Automobilbau und in der elektrischen Industrie, in der letzten Zeit außerordentlich gesteigert werden konnte.

Die Wirtschaftslage in Frankreich wurde durch die Erholung des Frankens nicht ungünstig beeinflusst. Während des Zeit des Frankenssturzes haben sich zwar die Produktionskosten erheblich erhöht, die später nach der Erholung des Frankens nicht wieder zurückgeschraubt werden konnten. Da sich aber diese Steigerungen in mäßigen Grenzen hielten, ergab sich durch die Befestigung des Frankens auf einem noch höheren Stand als er ihn vor seinem Sturze innehatte, keine Unterbindung des inneren Verbrauches und der Ausfuhr. Die Produktionsziffern für März sind sowohl für die Kohlen- wie für die Eisen- und Stahlindustrie äußerst günstig. Die Kohlenförderung des größten Kohlenbezirktes Frankreichs, Nord und Pas de Calais, hat im März eine große Zunahme erfahren. Die Gesamtförderung dieser Gruben hat bereits 92,5 Prozent der Friedensförderung erreicht, und dies bei Einführung des Achtstundentages. Die französischen Hochöfen haben im März Rekordziffern gezeigt, die die höchsten Ziffern der französischen Eisenindustrie darstellen. Die Roh-eisenerzeugung betrug 634.000 Tonnen (Monatsdurchschnitt im Jahre 1913 434.000 Tonnen), die Stahlproduktion aber 573.000 Tonnen (Monatsdurchschnitt 1913 300.000). Die Verbesserung des Geldwertes hat es Frankreich auch ermöglicht, wieder sehr beträchtliche Mengen englischer Kohle einzuführen, was ihm während der Zeit des Frankenssturzes nicht möglich war, da sie ihm in dieser Zeit zu teuer kamen. Frankreich hatte in den letzten Monaten größere Getreidemengen eingeführt. Da aber angeblich die eigene Erzeugung für den Verbrauch im Inland ausreicht, sollen diese Mengen zur Wiederausfuhr bestimmt sein.

Literatur.

Röbel Karl: „Die soziale Bewegung in Russland“, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt. Der Verfasser hat sich als Schilderter des geistigen Lebens Russlands schon einen guten Namen gemacht, wir verdanken ihm eine ausgezeichnete Geschichte des russischen Romanes, Monographien über verschiedene Dichter und viele treffliche Uebersetzungen. Auch der vorliegende starke Band verrät den gründlichen Kenner auf jeder Seite und man darf sicher sein, daß alle sachlichen Angaben bis ins Kleinste zutreffen. Ebenso wohnt der Art, wie Röbel die heutigen sozialen Zustände und die bolschewistische Ideologie aus der gesamten geistigen Haltung des russischen Volkes ableitet, starke überzeugende Kraft inne. Vor allem die Gedankenwege der intellektuellen Zwischenschicht, wie sie sich aus der eigentümlichen Richtung der orthodoxen Kirche, aus der Abneigung gegen die Leibeigenschaft und aus der ihr zum Trotz vorhandenen ökonomischen Abhängigkeit von dieser, aus dem allzu plötzlichen Zusammenprall von West und Ost und aus der Befragung von Kantens kritischen Geistes ergaben, liegen klar zutage und man versteht, daß diese Komponenten ein so widerspruchsvolles Gebilde ergeben konnten wie den Bolschewismus. Wenn trotz dieser großen Vorzüge das Buch dennoch nicht befriedigt, so liegt das an formalen und sachlichen Gründen. Die Sprache Röbels ist für jeden, dem sprachliche Formung einen Spiegel des geistigen Gehaltes und der geistigen Arbeit bedeutet, einfach ungenießbar. Man begegnet selten einem Schriftsteller, der mit so ermüdender Ausdauer einen Satz in den anderen einschachtelt und in dieses Gefüge noch langwierige Auseinandersetzungen zwischen Klammern und Gedankenstrichen einschaltet. Bis man sich glücklich in diesen Satzlabirinth, deren eines unmittelbar nach dem andern steht, juristisch gefunden hat, ist man des leitenden Gedankens sicher verlustig gegangen und darf nochmals von vorn beginnen. Nun aber unternimmt es Röbel, in diesem seinen Privatdeutsch schwierige philosophische, psychologische und nationalökonomische Probleme zu erörtern und seine Aufstellungen gegen andere Lehrmeinungen zu vertreten, man soll also Zug und Gegenzug scharf auseinanderhalten, und die Beweisraft der beiderseitigen Argumente prüfen. Das ist, was man nicht Röbels Werk zum Gegenstand vielmotivierten Separatstudien machen, schlechterdings unmöglich, die krause Sprache paart sich zu sehr mit krausen Gedankengängen. Einer äußerlich genauen, ja pedantischen Systematik des Aufbaues steht die verwirrendste, in Wiederholungen schwelgende Unausgeglichenheit des Geistigen gegenüber, und man empfindet diese um so peinlicher, als Röbel das Bedürfnis hat, sich bei jedem Anlaß mit dem Marxismus kritisch auseinanderzusetzen: Aber nicht vielleicht in zusammenhängender, von den Voraussetzungen ausgehender Widerlegung, die eine Antwort zuließe, sondern in gelegentlichen, den Marxismus als eine wissenschaftlich überwandene Sache hinstellenden Bemerkungen. Nun ist die Lehre Marxens nicht für jedermann ein Evangelium und braucht es auch nicht zu sein. Aber auch von ihren Gegnern dürfen wir, sofern sie ernst genommen sein wollen, verlangen, daß sie ihren Einwurf klar und fest umschrieben vorbringen und diesem Skizzenhaftes nicht mit einem nationalökonomisch-philosophischen Ungefahr, mit nur halb zu Ende Gedachten und Dunkel-Unklarem gegenüberstellen. Diese Grundfehler der Röbelschen Marzpolemik entstellen das Buch auch in seinen übrigen Partien: Wo es das eigentliche Gebiet des Verfassers, die Volk- und Gesellschaftspsychologie, überschreitet und ins Allgemeinere ausgreift, wo es sich vom Tatsächlichen zu einem höheren System aufschwin-

gen will, dort verlagert es, und unter diesem Mantel leiden auch die vielen positiven Werte des Buches. Das darf man angesichts des großen Geklimmes und der reichen Belehrung, die das Werk dem Leser sonst zu bieten vermöchte, doppelt bedauern. K.

Kunst und Wissen.

Wagners „Tannhäuser“ ging am Montag als dritte Vorstellung der Prager deutschen Theatergemeinschaft in Szene. Diese Opernaufführung war das würdige Gegenstück zum verschlammten „Lohengrin“ von neulich. In ihrer bagatellichsierenden musikalischen, szenischen und sonstigen Aufmachung wirkte sie eher belustigend als kunstfördernd und fordert darum zum schärfsten Proteste heraus. Es scheint kaum glaublich, daß eine derartige Vorstellung möglich ist, wenn ein eigener Opernhaus für die künstlerischen Leistungen unseres Opernintitutes die Verantwortung trägt. Nebenbei diente die Aufführung auch zwei unberufenen Sängergästen als Tummelplatz ihrer Engagementwerbungen. Den Tannhäuser sang Herr Tänzler, einst ein gefeierter Wagnerfänger, heute aber eine Stimmruine; über den allzu hellen, offenen und engen Ton des Sängers könnte man allenfalls hinweghören, aber die schreiende abgebrauchte Höhe seiner Stimme ist unerträglich. Als Landgraf debütierte ein Herr Reiter, dessen stimmliche und vor allem darstellerische Qualitäten für ein Provinztheater letzten Ranges reichen mögen, nicht aber für das seriöse Vakuum der Prager deutschen Oper. Die Ehre des Abends retteten die Damen Hussa (Elisabeth), Fr. Forray (Venus) und Fr. Fuchs. Kapellmeister Stelzels Fehlauffassung der Oper offenbarte sich schon in der Ouvertüre, deren erstes Filigranorchesterma wir in so marschmäßigem Tempo noch nicht zu hören Gelegenheit hatten. —ek.

„Jungeborg“ von Kurt Göh. (Gastspiel Val. v. Martens und Kurt Göh.) Das Problem des Stüdes und seine „Lösung“ kommt einem wie der mittelalterliche Roman „in den Elzen“ von Mark Twain vor, den der Humorist mit den Worten beendet: „Die Wahrheit ist, ich habe meinen Helben (oder meine Heldin) in eine so verzweifelt ungeklümmte gebracht, daß ich nicht sehen kann, wie ich ihn (oder sie) je wieder herausbringen soll, und deshalb will ich meine Hände in Unschuld waschen und es jener Person selbst überlassen, sich auf dem besten Wege, der sich bietet, allein herauszuwinden — oder auch darin stecken zu bleiben. Ich dachte, es würde sich ganz von selbst machen, diese kleine Schwierigkeit zu lösen, aber jetzt sieht die Sache anders aus.“ — So ähnlich hörte es sich an, wenn der Darsteller des Stückschreibers Peter Peter (und Dichter Kurt Göh) seine geliebte Jungeborg (Valerie v. Martens) in die unangenehme Situation gebracht hat, daß sie den Mann als Ehemann liebt, der sich ihre Liebe durch den Nimbus eines vorgetäuschten Heidenruckschens errungen hat und nun als der ersicht, der von dem Nimbus ihrer Jugendträume verhöhnt wölens — wölens, aber schon mehr aus lauter Hemmungen, und Ehrgefühlen heraus — wölens, alle Liebesrechte geltend macht. Durch das glänzende, abgestimmte, sein pointierte Spiel der beiden Gäste wurde die Lösung durch den Rat der burschiosen Tante glaublich: „Mit dem Manne lebt sie, mit dem andern hat sie eine Liaison.“ — Ist dies aber eine wirkliche Lösung? Am Schluß steht also ein ganzer Segelstern von Fragezeichen; was nichts an der Tatsache ändert, daß sich das Publikum die Köpfe nicht zerbrach, sondern sich über die wihigen Apercüs amüsierte, wie auch das Spiel als eine Art Premiere verläuft. Die einheimischen Kräfte Herr Diebl, Stadler und Fr. Pittschau trugen nach besten Kräften zum Erfolge bei. — Das erfolgreiche Gastspiel bringt uns aber den versprochenen, nun scheinbar — hoffentlich nur scheinbar — vergessenen Besuch von Elise Lehmann und Hans Marr in Erinnerung, der mit Interesse erwartet wird. K. E.

Spelplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch „Anna von Barnhelm“; morgen Donnerstag „Tristan und Isolde“ (Beginn 6 Uhr); Freitag „Mignon“; Samstag „Die schöne Galathée“; „Vera Violetta“.

Spelplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch, Donnerstag und Freitag Gastspiel Martens-Göh „Der Spaß am Dach“, „Ein Märchen“, „Die tote Tante“; Samstag und Sonntag abends „Komödie um Rosa“, Sonntag nachmittags „Der Mustergatte“.

Vierte Theatergemeinschaftsvorstellung: „Tausend und eine Nacht“. Kommen Montag, den 26. Mai vierte Theatergemeinschaftsvorstellung: „Tausend und eine Nacht“. Sitzplätze von 6 bis 18 K. Kartenverkauf: Optiker Deutsch, Raben 26; Deutsches Haus; Urania-Kassa; Ritoldander-Realschule.

Aus der Partei.

Warnung! Ein gewisser Alois Butschnil bewirbt sich unter Berufung auf seine österreichische Parteigehörigkeit bei unseren Organisationen und Genossen um Geldunterstützungen. Wir haben wegen Klarstellung der Sache Informationen von den zuständigen Stellen eingezogen und eruchen unsere Parteifunktionäre den Obgenannten, falls er sich auch weiter noch an sie wenden sollte, einfach zurückzuweisen und uns in Kenntnis zu setzen. Parteifunktionäre: Prag.

Frauenbeiratskomitee. Freitag, den 23. Mai findet um 8 Uhr abends im Blauen Saale des Goldenen Kreuzes ein sozialhygienischer Lichtbildvortrag über Mutterchaft statt. Vortragender Gen. Dr. Armin Reia.

Turnen und Sport.

Falkenauer F. R. schlägt Arbeiter-F. C. Selb (Baiern) 4:2.

Ein schöner Erfolg der Falkenauer — der gesamten Mannschaft gebührt Bauschallob. Selb ist eine sehr saire und gut disziplinierte Mannschaft, welche bei etwas mehr Schußsicherheit ein unentschiedenes Resultat hätte herausbringen können.

Falkenauer F. R.-Reserve gegen Arbeiter-F. R. Eger 4:0.

Auch der Nachwuchs des F. R. zeigte, daß in seinen Reihen bereits gutes Material für die 1a herangebildet ist, besonders der Tormann Hammerl konnte durch sein geistesgegenwärtiges Eingreifen viel retten.

Der Besuch der Wettspiele wird nun auch auf den Arbeiter-Sportplätzen ein besserer. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiterportiers, darauf zu wirken, daß sein Verein dem Arbeiter-Turn- und Sportverband als Mitglied angehört! Som.

Leipziger Arbeitersport vom Sonntag.

VF. Stötterich gegen Großschöcher 2:2.

Gleich nach Anstoß rückt Stötterich in gefährliche Nähe des gegnerischen Tores. Die unentschiedenen Erfolge lassen aber diese Gelegenheiten aus. Ein schneller Vorstoß Großschöchers wird an dem herauslaufenden Torwart vorbei über das Tor geschossen. Kurz darauf muß durch einen unerwartet zurückgegebenen Ball VF. dem Gegner die Führung überlassen. Stötterich, sich zusammenfassend, kann nach schönem Durchspiel durch Halbzeit ausgleichen. Der Bundesmeister, jetzt an seine alte Spielweise erinnernd, kann durch seinen Mittelstürmer die Führung übernehmen. Mit 2:1 geht es in die Pause. Der Wiederanstoß zeigt beide Mannschaften anfangs gleichwertig. Großschöcher gelingt es abermals gleichzuziehen. Eine bessere Placierung der rotweißen Hintermannschaft hätte dieses Tor verhüten können. VF. spielt jetzt überlegen, und es gelingt ihm zeitweise, den Gegner in seiner Spielhälfte festzuhalten. Doch ist ihm Fortuna nicht hold. Leichtfüßig werden schöne Gelegenheiten ausgelassen. Seine Torchüsse landen an der Latte, oder das Tor ist nicht hoch genug! Eine kurz vor Schluß vom St. erzwungene Ecke erleidet daselbe Schicksal und wird freistehend darüber geschossen. Der Schiedsrichter entsprach nicht den in ihm gesetzten Erwartungen.

West 03 gegen Bennetwiz 1:3.

Einen recht wenig interessanten Sport zeigten beide Mannschaften, der nicht im entferntesten geeignet war, den Arbeiterfußballsport zu fördern. Das beweist das hohe, planlose, scharfe und gefährliche Spielen, demzufolge zwei Mann von 03 wegen Verlegung des Spielfeld verlassen mußten. Recht unangebracht wirkte gleich nach Beginn das Unterbrechen des Spiels, da 03 einen kleinen Knaben als Linienrichter hatte. Durch Zurufen und Anpöbeln der eigenen Spieler ändert man aber die Spielweise nicht, wenn man es nicht besser kann! Gleich nach Beginn verwirrt B. wegen rohen Spiels einen Schmeiter. West gelingt es, sich vor dem Bennetwizer Tor kurze Zeit festzusetzen und durch Halblinks in Führung zu gehen. Der Ausgleich läßt nicht lange auf sich warten und mit 2:1 für die Gäste geht es in die Pause. In der zweiten Spielhälfte ist Bennetwiz noch einmal erfolgreich. Der Unparteiische wackelte sicher keines Amtes.

Schönefeld gegen Spartakus Ost 3:0.

Am Anfang leichte Ueberlegenheit Ost. Doch bald macht sich Sch. frei und kann einen schlecht abgewehrten Ball des Osttorwartes als erstes Tor buchen. Der grünweiße Sturm ist hilflos vor des Gegners Tor. Ein Schmeiter für Sch. wird schließlich verschossen, doch folgt aus einem Eckball Nummer 2. In der zweiten Halbzeit flaut das Spiel merklich ab. Im weiteren Verlauf kann Schönefeld nach einem nicht gegebenen Abstoß seinen dritten Erfolg erzwingen. Ost verbeßerte sich nun etwas, kann aber trotz erfolgter Umstellung nichts zählbares mehr erreichen.

Preußen Rodau gegen Kleinerschöcher 3:2.

Vor sehr wenigen Zuschauern wurde von obigen Mannschaften ein flottes Spiel vorgeführt. Die Hintermannschaften hatten tüchtig zu tun, um die schnell eingeleiteten Angriffe abzuwehren. Vor allem war der Torwart von Kl. auf dem Hohen. Bis Halbzeit konnte jede Partei zwei Tore buchen. Das letzte Tor für Kl. durch Schmeiter, wegen unfairen Angehens eines Pr.-Verteidigers. Daselbe Bild nach Halbzeit. Preußen konnte durch einen schön geschossenen Strafstoß das siegringende Tor erzielen. Kurz vor Schluß war das Spiel etwas schärfer, und der Schiedsrichter mußte weit schärfer eingreifen.

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 23, 22. Stock. 1832

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Corman. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Rejzner. Druck: Deutsches Zeitungs-K.-B., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.